



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Klimaschutz

10

Schlaglichter
der Wirtschaftspolitik
Oktober 2022
Monatsbericht

RESSOURCEN

SICHERE ROHSTOFF- BESCHAFFUNG

Der Bedarf an Metallen steigt. Eine durchdachte Rohstoffstrategie soll helfen, diesen langfristig zu decken.

Liebe Leserin, lieber Leser,

Die wirtschaftspolitische Auseinandersetzung mit Russland verlangt uns viel ab. Die Preise für Gas und Strom explodieren und in der Folge steigen auch die Preise für viele andere lebenswichtige Güter. Das sind Kosten, die viele Bürgerinnen und Bürger, Teile unserer Industrie und viele kleine und mittelständische Unternehmen nicht mehr alleine stemmen können.

Richtig ist aber auch: Wir sind der Situation nicht machtlos ausgeliefert, wir halten dagegen. Mit Hochdruck arbeiten wir daran, unsere Energieversorgung für den nächsten und den darauffolgenden Winter zu sichern. Der Bau von LNG-Terminals geht gut voran, unsere Gasspeicher füllen sich schneller als erwartet. Das sind Fortschritte, die zeigen: Deutschland kann diese extreme Herausforderung bewältigen und die Ukraine bei ihrem Kampf um Freiheit und Selbstbestimmung weiter unterstützen.

Die Situation erfordert jedoch ein hohes Maß an Solidarität. Denn nicht alle sind gleichermaßen in der Lage, diese Belastungen zu tragen. Mit dem dritten Entlastungspaket hat die Bundesregierung deshalb Maßnahmen beschlossen, die zu einer gerechteren Verteilung der Lasten beitragen werden. Hierbei setzen wir im Kern auf finanzielle Entlastungen, sowohl für Privathaushalte als auch für Unternehmen.

Mittel- und langfristig können wir die Energiekosten aber nur in Grenzen halten, indem wir die erneuerbaren Energien in Windeseile massiv ausbauen, die Energieeffizienz steigern und zugleich die Wärmewende vorantreiben. Mit den Änderungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz 2023 verleihen wir dem Ausbau der Erneuerbaren neuen Schwung. Die wesentlichen Änderungen stellen wir Ihnen in dieser Ausgabe vor.



Nicht nur bei fossilen Energieträgern, auch bei mineralischen Rohstoffen kann die Versorgung zukünftig schwieriger werden. Um die Verfügbarkeit notwendiger Rohstoffe zu sichern und deren Gewinnung nachhaltiger und sozialer zu gestalten, erarbeiten wir im Rahmen der Rohstoffstrategie ergänzende Maßnahmen. Mehr dazu lesen Sie ebenfalls in dieser Ausgabe.

Ich wünsche Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, eine interessante Lektüre.

ROBERT HABECK

Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz

Inhalt



MEHR IM WEB
Schlaglichter-Ausgaben
online lesen:
[www.bmwk.de/
schlaglichter](http://www.bmwk.de/schlaglichter)

02

EDITORIAL

04

KONJUNKTUR-
SCHLAGLICHT

17

AUF EINEN BLICK
–
Strommix im
Stresstest

18

KURZ & KNAPP
–
CO₂-neutrale Verwaltung,
Gründungswoche,
Sachverständigenrat

34

IMPRESSUM

WIRTSCHAFTSPOLITIK



RESSOURCEN

**Sichere
Rohstoff-
beschaffung**



ENERGIEWENDE

**Neuer Schwung
für erneuerbare
Energien**

KONJUNKTUR

22

**Die wirtschaftliche
Lage in Deutschland
im September 2022**

29

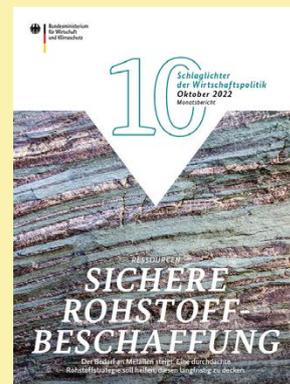
**BIP-Nowcast
für das 3. und
4. Quartal 2022**

31

**Die wirtschaftliche
Entwicklung im
2. Quartal 2022**

Die „Schlaglichter“ als Abonnement

*Melden Sie sich für den
Schlaglichter-Newsletter
an und verpassen Sie keine
Ausgabe mehr:
schlaglichter/newsletter*



KONJUNKTURSCHLAGLICHT

Oktober 2022

Die deutsche Wirtschaft erweist sich bislang – angesichts des Krieges in der Ukraine und der Folgen für die Energiepreise – als widerstandsfähig.



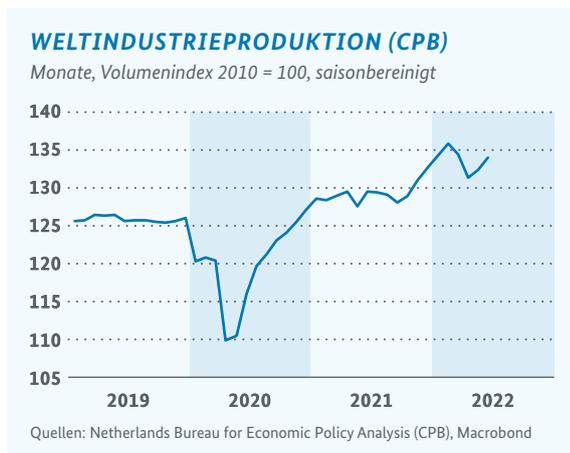
Gesamtwirtschaft



Die konjunkturelle Stimmung hat sich deutlich eingetrübt. Fast alle Indikatoren haben sich im Juli negativ entwickelt. Es ist nicht auszuschließen, dass die Wirtschaftsleistung in der zweiten Jahreshälfte stagniert oder sogar rückläufig sein wird.



Weltwirtschaft



Die Weltwirtschaft gerät in schwieriges Fahrwasser, auch wenn die globale Industrieproduktion zuletzt noch gestiegen ist.

Der Stimmungsindikator von S&P Global ist unter die Wachstumsschwelle gefallen. Die Umfrageteilnehmer rechnen mit einem schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld.

LEGENDE

- Indikatoren in einem Teilbereich wachsen mehrheitlich überdurchschnittlich
- Indikatoren in einem Teilbereich entwickeln sich durchschnittlich bzw. gemischt
- Indikatoren in einem Teilbereich gehen mehrheitlich zurück

Nähere Informationen in Jung et al. (2019): „Das neue Konjunkturschlaglicht: Was steckt hinter den Pfeilen?“, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik 01/2020



Außenwirtschaft

AUSSENHANDEL (WAREN UND DIENSTLEISTUNGEN)

Monate, in Mrd. Euro, kalender- und saisonbereinigt



Quelle: Deutsche Bundesbank (BBk)

Der deutsche Außenhandel erhält nach mehreren Zuwächsen in Folge zuletzt einen Dämpfer. Sowohl die Aus- als auch die Einfuhren von Waren und Dienstleistungen gingen im Juli zurück. Die Exporteure schauten im August zurückhaltend auf die kommenden Monate.



Privater Konsum

EINZELHANDEL OHNE KFZ

Monate, Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Der Umsatz im Einzelhandel konnte sich in den letzten Monaten stabilisieren und hat sich im Juli leicht erhöht. Er lag aber weiterhin unter seinem Niveau vor Jahresfrist. Angesichts der hohen Preissteigerungsrate setzte die Stimmung unter den Verbrauchern im August ihre Talfahrt weiter fort.



Produktion

Die Industrie ist schwach ins dritte Quartal gestartet.

Im Juli gingen die Produktion und wiederholt die Auftragseingänge zurück. Die Industrieunternehmen blickten im August pessimistisch auf die nächsten Monate.

INDUSTRIEPRODUKTION UND AUFTRAGSEINGANG IM VERARBEITENDEN GEWERBE

Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)



Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt trotz den globalen Unsicherheiten.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit im August ist im Wesentlichen auf die Geflüchteten aus der Ukraine zurückzuführen. Die Zahl der Erwerbstätigen ist demgegenüber nach wie vor aufwärtsgerichtet.

ERWERBSTÄTIGE (INLAND)

Monate, saisonbereinigt, absolut (in 1.000), Veränderung zum Vormonat



Quelle: Statistisches Bundesamt (StBA)

WW

WIRTSCHAFTSPOLITIK



RESSOURCEN

**Sichere
Rohstoff-
beschaffung**



ENERGIEWENDE

**Neuer Schwung
für erneuerbare
Energien**

RESSOURCEN

Sichere Rohstoff- beschaffung

Der Bedarf an Metallen steigt. Eine angepasste Rohstoffstrategie soll helfen, diesen langfristig zu decken.



Die globalen Lieferengpässe, die im Zuge der Coronapandemie aufgetreten sind und auch deutsche Unternehmen betreffen, haben Deutschland die Abhängigkeit von der Versorgung mit metallischen Rohstoffen deutlich vor Augen geführt. Durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine haben sich die Risiken für die Versorgungssicherheit mit Rohstoffen nun zusätzlich erhöht, da Deutschland eine Reihe von metallischen Rohstoffen – wie Nickel, Titan oder Kupfer – aus Russland oder der Ukraine importiert.

VERSORGUNGSSICHERHEIT BEI METALLISCHEN ROHSTOFFEN ERHÖHEN

Der Bedarf an metallischen Rohstoffen wird sich perspektivisch weiter erhöhen. Für die Energiewende, die Digitalisierung sowie für eine Reihe von Zukunftstechnologien werden diese Rohstoffe benötigt. Deutsche Unternehmen stellt dies vor besondere Herausforderungen, da in Deutschland und in der unmittelbaren Nachbarschaft nur noch wenige Rohstoffe abgebaut oder weiterverarbeitet werden. Sie sind darüber hinaus kaum im Abbau in anderen Ländern der Welt aktiv – höchstens als Zulieferbetriebe für Bergbauunternehmen aus anderen Ländern. Auch beim Recycling sind Potenziale bei einem Teil der Rohstoffe bislang wenig genutzt. Zwar sind Unternehmen selbst gefragt, durch vorausschauendes Handeln ihre Rohstoffversorgung zu gewährleisten. Die Bundesregierung will jedoch angesichts der globalen Herausforderungen die Bemühungen deutscher Unternehmen zur Rohstoffsicherung flankieren und so einen Beitrag dazu zu leisten, die Versorgungssicherheit für zentrale Bereiche der deutschen Wirtschaft mittel- und langfristig sicherzustellen.

VERSORGUNGSSICHERHEIT GEWÄHRLEISTEN

Erst im Januar 2020 hatte die letzte Bundesregierung eine neue Rohstoffstrategie veröffentlicht. Mit insgesamt 17 Maßnahmen ersetzte sie die erste Rohstoffstrategie aus dem Jahr 2010. Durch die vielfältigen geopolitischen Umbrüche der vergangenen zwei Jahre ist nun neuer Handlungsdruck entstanden. Aktuell arbeitet das BMWK an weiteren Maßnahmen. Diese sollen die Rohstoffstrategie nicht ersetzen, sondern bieten vielmehr eine Ergänzung zu den bisherigen Maßnahmen, um so auf die geo- und transformationspolitischen Herausforderungen für die Rohstoffversorgung zu reagieren.

Durch die Arbeit der Deutschen Rohstoffagentur (DERA) verfügt die Bundesregierung bereits über einen umfassenden Überblick über die Rohstoffsituation in Deutschland und kann sowohl die Bedarfe als auch mögliche Versorgungsrisiken in Rohstofflieferketten abschätzen. Als Informations- und Beratungsplattform zu mineralischen und Energierohstoffen für die deutsche Wirtschaft veröffentlicht die DERA in regelmäßigen Abständen Studien und

Erst 2020 wurde eine neue Rohstoffstrategie veröffentlicht.

Informationspapiere zu den wichtigsten Rohstoffen, zur Preisentwicklung sowie zur Verfügbarkeit dieser Rohstoffe.

Rohstofflieferketten sind komplexe Lieferketten, da sie verschiedene Stufen umfassen. Der erste Schritt ist der Abbau der Rohstoffe, die dann in einem zweiten Schritt in Schmelzen und Raffinerien weiterverarbeitet werden müssen. In Schritt drei werden die Schmelz- und Raffinadeprodukte weiterverarbeitet, beispielsweise zu Halbzeugen, die dann wiederum in industriellen Prozessen eingesetzt und verbaut werden. Eine Diversifizierung von Rohstofflieferketten ist insbesondere dann sinnvoll, wenn die Konzentration der Lieferbeziehungen sehr hoch ist. Doch wegen der Komplexität von Rohstofflieferketten reicht es nicht, nur am Abbau anzusetzen, da auch die Weiterverarbeitung stark konzentriert sein kann. Viele Schmelzen und Raffinerien befinden sich in der Volksrepublik China, wo derzeit auch andere Schritte der Weiterverarbeitung stattfinden. Dies verdeutlicht, dass ein ganzes Paket an Maßnahmen nötig ist, um Diversifizierung entlang von komplexen Rohstofflieferketten umzusetzen. Die aktuellen Maßnahmen der Bundesregierung umfassen die Bereiche von Recycling, Kreislaufwirtschaft und Substitution, Diversifizierung sowie europäische und internationale Kooperation, stellen aber auch hohe Ansprüche an Nachhaltigkeits- und Transparenzstandards in Lieferketten, die nicht als Risiko für die Versorgungssicherheit, sondern in vielen betroffenen Ländern als Unterschied und Wettbewerbsvorteil gegenüber rein kostengetriebenen Entwicklungen gesehen werden.

RECYCLING UND KREISLAUFWIRTSCHAFT

Deutschland ist hinsichtlich der Verwertung von Abfällen in vielen Bereichen gut aufgestellt. Ein ambitioniertes Abfallrecht mit hohen Sammel- und Recyclingvorgaben hat dazu geführt, dass derzeit bei mineralischen Abfällen über 90 Prozent stofflich verwertet werden und auch für die Massenströme metallischer Abfälle aus Eisen, Aluminium und Kupfer gute Recyclingquoten erreicht werden. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Deutschland und Europa mit Blick auf eine echte Kreislaufwirtschaft noch einen Weg vor sich haben, denn insgesamt werden nur etwa 16 Prozent der Abfälle wieder als Sekundärrohstoffe in der Produktion eingesetzt, und mit Blick auf für die Transformation zentralen Stoffen liegt die Recyclingquote unter vier Prozent.



Deswegen gilt es die existierende Basis zu nutzen, um die Kreislaufwirtschaft auszubauen und die Qualität weiter zu erhöhen. So werden zwar im Bereich der Baustoffabfälle, zum Beispiel beim Beton, gute Verwertungsquoten des Materials erreicht. Dies geschieht meist in Form einer Nutzung als Unterkonstruktion beim Wegebau. Die Möglichkeiten einer hochwertigen Nutzung von Bauabfällen, zum Beispiel als Zuschlagsmaterial bei Beton im Hochbau, werden dagegen bisher kaum genutzt, obwohl auch dadurch in erheblichem Umfang primäre Rohstoffe eingespart werden könnten. Abfälle auf Gipsbasis werden nach wie vor sogar überwiegend nur auf Deponien abgelagert, obwohl sich gerade Gips sehr gut recyceln und in einen geschlossenen Stoffkreislauf führen ließe.

ZUKUNFTSFELDER IM AUFBAU

In Zukunftfeldern wie Digitalisierung, Elektromobilität oder Photovoltaik ist derzeit vieles erst im Aufbau. Doch auch gerade hier gibt es interessante Entwicklungen zur Rückgewinnung von Rohstoffen wie Lithium, Kobalt oder Seltener Erden, die es konsequent zu nutzen gilt. Grundsätzlich gilt für fast alle Wirtschaftsbereiche, dass die Idee der Rohstoffeffizienz und der Kreislauffähigkeit noch viel zu wenig in die Produktgestaltung Eingang findet. Dies führt dazu, dass sich vieles nicht reparieren oder nachrüsten lässt. Auch eine Demontage und Zerlegung zur Rückgewinnung von Rohstoffen ist aufwendig, wenn dieser Aspekt nicht gleich von Anfang an mitgedacht wird.

Das BMWK will sich hier einerseits auf europäischer Ebene für eine ambitionierte Ausgestaltung des EU-Kommissionsvorschlages zur neuen Ökodesignverordnung einsetzen, damit die EU ein Leitmarkt für umweltfreundliche und kreislauffähige Produkte wird. Andererseits müssen bestehende Hemmnisse und Hürden für den Einsatz von Recyclingmaterialien abgebaut werden, indem etwa entsprechende Normen und Standards (z.B. im Baubereich) angepasst werden. Darüber hinaus gilt es, unter anderem über digitale Produktpässe die für eine Rohstoffrückgewinnung notwendigen Informationen bereitzustellen und auch ökonomische Anreize zu stärken, damit in einem funktionierenden Markt ein Wettbewerb um die besten Ideen und Lösungen in Gang kommt. Wir können es uns nicht mehr leisten, so unachtsam gerade mit jenen Rohstoffen umzugehen, bei denen unsere Abhängigkeiten so groß ist und auch nicht kurzfristig behoben werden kann.

Rückgewinnung von Rohstoffen von Anfang an mitdenken.

Zukunftsfelder wie Digitalisierung, Elektromobilität oder Photovoltaik sind im Aufbau.

DIVERSIFIZIERUNG, EUROPÄISCHE UND INTERNATIONALE KOOPERATION

Der Ausbau der Kreislaufwirtschaft kann immer nur ein Baustein bei der Erhöhung der Versorgungssicherheit sein. Denn den perfekten Kreislauf gibt es allenfalls in der Theorie und neue Entwicklungen verlangen teilweise neue Rohstoffe, die sich mit Sekundärrohstoffen nicht decken lassen würden.

Eine weitere Säule ist daher der Ausbau der internationalen Kooperation im Rohstoffbereich, um die Rohstofflieferketten zu diversifizieren, die Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern weltweit zu erschließen und auch hier der starken Abhängigkeit von China entgegen zu wirken. Unternehmen in Deutschland – aber auch in anderen europäischen Ländern und in den USA – sind aktuell stark von chinesischen Roh-



stoffexporten abhängig. Die Karte der DERA (siehe Abbildung unten) gibt einen Überblick über die Länderkonzentration wesentlicher Rohstoffe und verdeutlicht dabei die Abhängigkeit deutscher Unternehmen von Rohstoffen nach Ländern. Eine derart starke Konzentration von Rohstoffen ist risikohaft, da innen- und außenpolitische Entwicklungen wesentliche Auswirkungen auf die Produktion in China aber auch auf Lieferbeziehungen haben können. Dies zeigte sich bereits im Herbst 2021, als China aufgrund einer Stromkrise die energieintensive Magnesium-Produktion drosselte und in der Folge Lieferrisiken und -engpässe für deutsche Unternehmen bestanden. Wie im Fall von Magnesium verweist die DERA auf solche Risiken in der Regel im Vorfeld, um Unternehmen die Gelegenheit zu geben, frühzeitig auf Ausfälle zu reagieren. Das BMWK arbeitet aktuell daran, die Kooperationen mit internationalen Partnern im Rohstoffbereich auszuweiten, um die Diversifizierung solcher internationalen Lieferbeziehungen politisch zu untermauern.

Seit der ersten Rohstoffstrategie im Jahr 2010 wurde bereits mit zahlreichen rohstoffreichen Ländern der Aus-

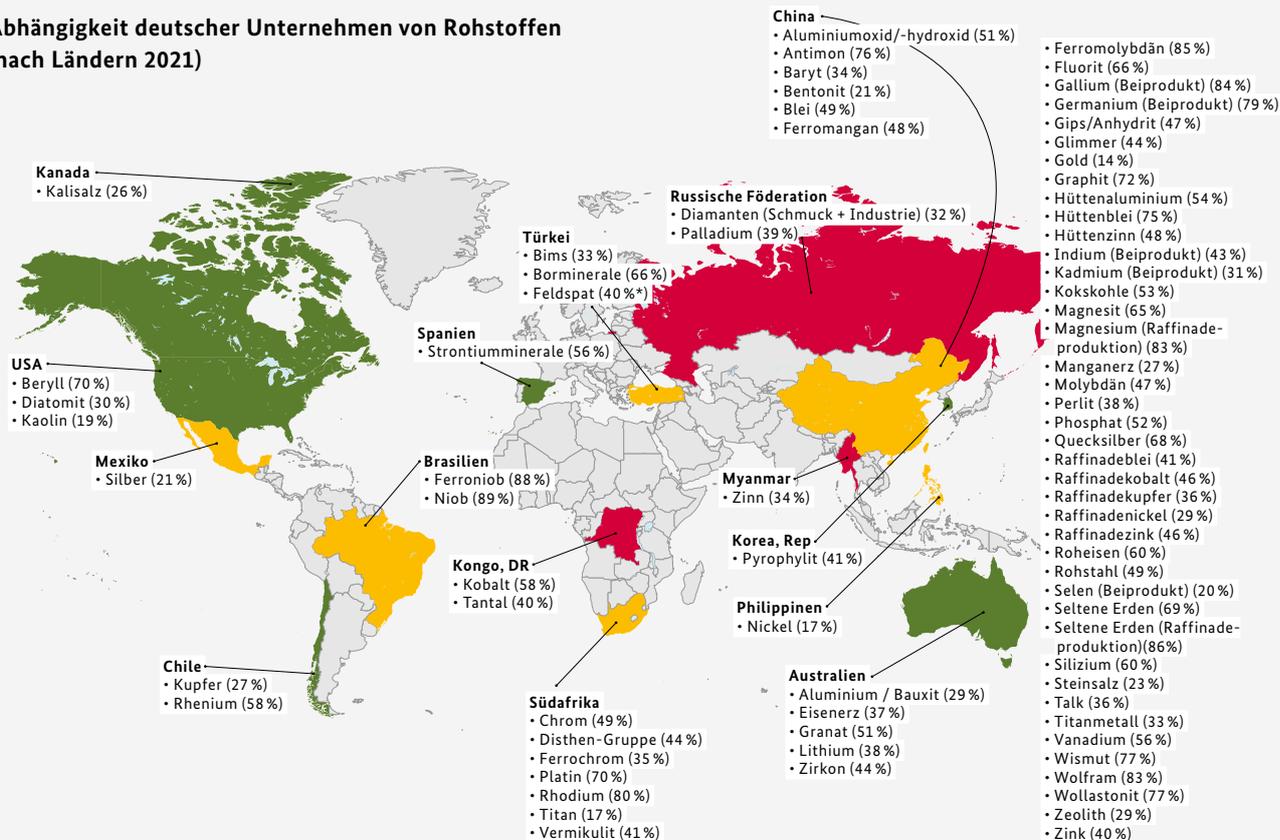
Rohstoffpartnerschaften für starke Lieferketten

tausch zu Rohstoffthemen intensiviert. So wurden Rohstoffpartnerschaften mit Kasachstan, der Mongolei und Peru geschlossen sowie Kooperationen mit Australien, Chile, Ghana und Kanada vereinbart. Auch wurden in insgesamt acht Ländern Kompetenzzentren für Bergbau und Rohstoffe an den jeweiligen Außenhandelskammern errichtet, die deutschen Unternehmen beim Navigieren auf den komplexen Rohstoffmärkten vor Ort beraten.

Aufgrund der zunehmenden geopolitischen Relevanz der Rohstoffversorgung soll die Zusammenarbeit mit Ländern, die als Wertepartner für



Abhängigkeit deutscher Unternehmen von Rohstoffen (nach Ländern 2021)



Quelle: DERA



3 FRAGEN AN

Franziska Brantner

Parlamentarische Staatssekretärin beim
Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz

Was ist verbirgt sich hinter EITI und was hat das mit Rohstoffen zu tun?

EITI steht für die globale „Initiative für Transparenz im rohstoffgewinnenden Sektor“, die sich für mehr Finanztransparenz und Rechenschaftspflicht im Rohstoffsektor einsetzt und Korruption bekämpfen soll. Neben Deutschland implementieren über 50 Länder den EITI-Standard und legen damit Informationen unter anderem über Steuerzahlungen, Lizenzen und Fördermengen offen. Transparenz ist wichtig, denn dort, wo Informationen über Einnahmen offengelegt werden, können zivilgesellschaftliche Akteure aber auch Parlamente die Zahlungsströme besser nachvollziehen und dadurch Korruption und Ausbeutung verhindern.

Was kann man gegen die Rohstoffabhängigkeit Deutschlands von China tun?

China ist über alle mineralischen Rohstoffe betrachtet das global bedeutendste Land. Bei einigen Metallen hängt Europa nahezu vollständig von China ab. Deshalb ist es wichtig, entlang der gesamten Rohstofflieferketten zu diversifizieren. Diversifizierung heißt für uns: 1. Ausbau der internationalen Kooperation im Rohstoffbereich, 2. Stärkung der heimischen Rohstoffgewinnung und Aufbereitung sowie 3. Ausbau von Kreislaufwirtschaft und Recycling.

Apropos Kreislaufwirtschaft, was muss dort genau passieren?

Alle Dinge, die wir nutzen, enthalten wertvolle Rohstoffe, die mit viel Energie gewonnen, aufbereitet und zum Teil über weite Strecken transportiert wurden. Diese Rohstoffe müssen wir stärker im Kreislauf führen. Bei einigen Metallen, Glas oder Papier klappt das gut, bei zum Beispiel Baustoffen oder Seltenen Erden müssen wir besser werden. Hier sind einerseits die Hersteller gefragt, schon bei der Gestaltung von Produkten mitzudenken, wie die Rohstoffe im Kreislauf bleiben. Und auch wir als Verbraucher, indem wir Produkte nicht einfach achtlos wegwerfen. —

die deutsche Bundesregierung gelten, jedoch noch umfassender ausgeweitet werden. Dazu will die Regierung Hand in Hand mit der Industrie diesen Ländern neue Angebote zur Zusammenarbeit unterbreiten und parallel deutsche Unternehmen dabei unterstützen und sie dazu befähigen, diese durch konkrete Projekte mit Leben zu füllen.

Eine verstärkte Kooperation ist zum Beispiel bereits mit Chile im Bereich Lithium angedacht. Die parlamentarische Staatssekretärin Dr. Franziska Brantner reiste dafür mit begleitender Wirtschaftsdelegation im Juni 2022 nach Santiago de Chile, um mit der chilenischen Regierung insbesondere über Ansatzpunkte für eine strategische Zusammenarbeit bei der Lithiumgewinnung zu sprechen. Lithium ist ein zentraler Rohstoff für die Energie- und Mobilitätswende und kann in Chile auf nachhaltige Weise abgebaut werden.

EUROPÄISCHE INITIATIVEN

Die europäische Kommission strebt einen neuen Legislativvorschlag zu Rohstoffen, den Raw Materials Act, für Anfang des Jahres 2023 an. Mit dem Raw Material Act soll mit konkreten Maßnahmen dem hohen Risiko bei der Rohstoffversorgung begegnet und die Industrie bei den notwendigen Anstrengungen zur Diversifizierung und zu mehr Nachhaltigkeit bei der Rohstoffversorgung unterstützt werden.

Diese Initiative der europäischen Kommission wird seitens der Bundesregierung und Frankreich sehr begrüßt. Derzeit arbeiten die Bundesregierung und Frankreich an einem gemeinsamen Entwurf mit entsprechenden Vorschlägen zur Ausgestaltung der Initiative. Die Vorschläge orientieren sich an folgenden Schwerpunkten:

- Stärkung des Krisenmanagements für die kritischen Rohstoffe;
- Überprüfung und Evaluation bestehender Finanzierungsinstrumente zur Unterstützung der notwendigen Förderung von Projekten für die Produktion von Rohstoffen und kritischen Metallen (Bergwerke, Raffinerien und Recyclingkapazitäten) innerhalb und außerhalb der Union;
- Sicherstellung eines fairen und nachhaltigen Marktrahmens.

Aufgrund der hohen Abhängigkeit bei bestimmten für Klimatechnologien notwendigen Rohstoffen und Raffinadeprodukten wird BMWK weitergehende staatliche Maßnahmen, wie staatliche Lagerhaltung oder einen Private-Public-Rohstofffonds, wie sie zum Teil in anderen Ländern existieren, entwickeln und die konkrete Umsetzung prüfen. Neben bestehenden Finanzinstrumenten wie Investitions- und UFK-Garantien – ungebundene Finanzkredite von in Deutschland und unter bestimmten Voraussetzungen auch im Ausland ansässigen Banken, die Rohstoffvorhaben gegen wirtschaftliche und politische Ausfallrisiken absichern - wird das BMWK mit einem



Förderprogramm „Rohstoffe für Transformation“ strategische Rohstoffprojekte im In- und Ausland unterstützen und dabei besonders auf die Einhaltung hoher ESG-Standards achten.

STANDARDS UND NACHHALTIGKEIT

Einigkeit mit den europäischen Partnern besteht darin, dass die Diversifizierung von Rohstofflieferketten unter Einhaltung höchster Nachhaltigkeitsstandards umgesetzt werden muss. Hier setzen auch die Diskussionen um die Umsetzung eines europäischen Richtlinienentwurfs zu unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten an, dessen konkrete Ausgestaltung derzeit in Brüssel diskutiert wird.

Die Bundesregierung unterstützt internationale Bemühungen, die der Erhöhung von Transparenz und Nachhaltigkeit im Rohstoffsektor dienen. Ein wichtiges Element in diesem Kontext ist die „Initiative für Transparenz im rohstoffgewinnenden Sektor“ (Extractive Industries Transparency Initiative - EITI). Diese globale Initiative hat sich zum Ziel gesetzt, Finanztransparenz und Rechenschaftspflicht im Rohstoffsektor weltweit zu erhöhen, indem ihre Mitgliedsstaaten verständliche Informationen und Daten über den Rohstoffsektor veröffentlichen. Dabei werden Zahlungsströme zwischen Rohstoffunternehmen und staatlichen Stellen transparent gemacht. Die Bundesregierung hat bereits mit ihrem ersten EITI-Bericht aus dem Jahr 2016 alle notwendigen Bedingungen für die erfolgreiche Umsetzung des EITI-Standards erfüllt. Aktuell arbeitet sie an dem fünften D-EITI Bericht, also dem EITI-Bericht für Deutschland. Sie unterstützt darüber hinaus weitere Staaten bei der Umsetzung des Standards. Über 50 Staaten weltweit haben sich zur EITI-Umsetzung verpflichtet, unter ihnen viele, die zentrale Einnahmen über den Rohstoffsektor generieren. Auf internationaler Ebene wird die Umsetzung des EITI-Standards durch das EITI-Sekretariat in Oslo sowie durch den EITI-Vorstand überwacht. In Deutschland gestaltet eine Multi-Stakeholder-Gruppe bestehend aus Vertretern der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und der Regierung die Umsetzung.

Neben der Erhöhung der Transparenz spielt die Einhaltung von Menschenrechten und die Umsetzung von Nachhaltigkeit in Rohstofflieferketten für die Bundesregierung eine wichtige Rolle. Seit Januar 2021 gelten auf Grundlage der sogenannten „EU-Konfliktminerale-Verordnung“ umfassende Sorgfaltspflichten für Importeure von Zinn, Tantal, Wolfram, deren Erzen und Gold aus Konflikt- und Hochrisikogebieten in die EU. Das Durchführungsgesetz (MinRohSorgG) regelt die konkrete Umsetzung der EU-Verordnung in Deutschland und die Befugnisse der zuständigen Behörde. Die „Deutsche Kontrollstelle EU-Sorgfaltspflichten in Rohstofflieferketten“ (DEKSOR) ist bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe in Hannover angesiedelt und nimmt diese Aufgabe wahr. Die DEKSOR kontrolliert deutsche EU-Importeure seit dem ersten Quartal 2022 auf Einhaltung ihrer Sorgfaltspflichten

Unternehmen sind zur Achtung der Menschenrechte verpflichtet.

und auf Basis einer risikobasierten Auswahl, die in der Verordnung vorgesehen ist.

Je nach Unternehmensgröße verpflichtet das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz zudem Unternehmen in Deutschland ab dem 1. Januar 2023 beziehungsweise 2024 zur Achtung von Menschenrechten durch die Umsetzung definierter Sorgfaltspflichten. In Deutschland ansässige Unternehmen müssen bei entsprechender Größe den neuen gesetzlichen Sorgfaltspflichten nachkommen, die sich auf den eigenen Geschäftsbereich sowie auf das Handeln unmittelbarer und mittelbarer Zulieferer beziehen, unabhängig davon, in welchem Staat sich ein Zulieferer befindet. Das Gesetz enthält einen abschließenden Katalog von international anerkannten Menschenrechts- und Umweltübereinkommen, aus denen konkrete Verhaltenspflichten für Unternehmen abgeleitet werden.

Durch die Verankerung von Umwelt- und Nachhaltigkeitsgovernance – häufig auch mit dem englischen Begriff ESG (Environmental, Social, and Governance) bezeichnet – beim Abbau und der Weiterverarbeitung von Rohstoffen können negative externe Effekte reduziert werden. Der Einsatz von klimaneutralen und wasserarmen Technologien beim Abbau von Rohstoffen und deren Weiterverarbeitung, die Einbeziehung der Perspektive der lokalen Bevölkerung sowie die Stärkung der Wertschöpfung vor Ort sind zentrale Aspekte auf dem Weg zu einem nachhaltigeren Bergbau und machen einen entscheidenden Unterschied. Für das BMWK ist es wichtig, dass die hohen ESG-Standards für alle Wirtschaftsakteure, einschließlich Importeure, gelten. —

KONTAKT

Dr. Ervin Bejdakic, Filiz Aslan, Dr. Michael Weltzin
Referat: Mineralische Rohstoffe, Kreislaufwirtschaft,
Fachaufsicht BGR

schlaglichter@bmwk.bund.de



ENERGIEWENDE

Neuer Schwung für erneuerbare Energien

Das EEG 2023 soll den Ausbau der Erneuerbaren massiv beschleunigen

Erneuerbare Energien sind eine zentrale Säule der Energiewende. Unsere Energieversorgung soll durch den Ausbau der Erneuerbaren klimaverträglicher werden und uns gleichzeitig unabhängiger vom Import fossiler Brenn-, Kraft- und Heizstoffe machen.

AUSRICHTUNG AUF DEN 1,5-GRAD-PFAD

Der Bundestag hat am 7. Juli 2022 als Teil des sogenannten Osterpaketes die größte Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) seit langem beschlossen. Das „EEG 2023“ wird das geltende EEG 2021 ersetzen und zum 1. Januar 2023 in Kraft treten. Es richtet den Ausbau der erneuerbaren Energien im Stromsektor erstmals konsequent auf den 1,5-Grad-Pfad des Pariser Klimaabkommens aus.

Das EEG 2023 ist Teil eines größeren Gesetzespakets, das die Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien deutlich verbessert. Es wird vor allem ergänzt durch das [Wind-an-Land-Gesetz](#), mit dem die für Windkraftanlagen zur Verfügung stehenden Flächen ausgeweitet und die Genehmigungsverfahren beschleunigt werden.

80 PROZENT GRÜNER STROM BIS 2030

Als grundlegende Rahmensetzung schreibt das EEG 2023 ambitioniertere Ausbauziele fest. Bereits im Jahr 2030 sollen mindestens 80 % des Stromverbrauchs in Deutschland aus erneuerbaren Energien stammen. Das bedeutet fast eine Verdoppelung des Anteils am Gesamtstromverbrauch innerhalb von weniger



als einem Jahrzehnt. In absoluten Zahlen ist die Aufgabe noch größer, denn gleichzeitig wird der Stromverbrauch unter anderem durch die zunehmende Elektrifizierung von Industrieprozessen, Wärme und Verkehr ansteigen. Bis zu 600 Terawattstunden (TWh) Strom sollen bis 2030 jährlich aus erneuerbaren Energien erzeugt werden, heute sind es etwa 240 TWh.

VORRANG FÜR ERNEUERBARE ENERGIEN

Eine entscheidende Voraussetzung für die Erreichung dieses ambitionierten Ziels ist der neu eingeführte Grundsatz, dass die erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen. Damit haben sie bei Abwägungsentscheidungen künftig Vorrang vor anderen Interessen. Somit kann das Tempo von Planungs- und Genehmigungsverfahren deutlich erhöht werden.

AUSBAUPFADE UND AUSSCHREIBUNGSMENGEN ANGEHOHEN UND ANGEPASST

Um das neue Ziel von mindestens 80 % grünem Strom bis 2030 zu erreichen, werden die Ausbaupfade für Solar und Wind an Land deutlich angehoben. Bei der Solarenergie werden die Ausbauraten auf 22 Gigawatt (GW) pro Jahr gesteigert. Die Ausschreibungsvolumen werden hälftig auf Dach- und Freiflächen verteilt. Im Jahr 2030 sollen Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) im Umfang von insgesamt rund 215 GW installiert sein.

IN KÜRZE

Vorfahrt für erneuerbare Energien und mehr Vergütung für Solarstrom bringt die Novelle schon jetzt.

Die Leistung der Windenergie an Land soll um bis zu 10 GW pro Jahr steigen. Ziel ist eine installierte Kapazität von rund 115 GW bei Windenergieanlagen an Land in Deutschland bis 2030. Die Ausschreibungsmengen für die Windenergie auf See werden durch die parallele Novelle des Windenergie-auf-See-Gesetzes ebenfalls angehoben.

Während die Ausschreibungsmengen für die Förderung von Biomasse ab 2024 stufenweise reduziert werden, werden jene für Biomethan ab 2023 auf 600 Megawatt (MW) pro Jahr erhöht. Die begrenzte Ressource Biomasse soll künftig verstärkt in schwer zu dekarbonisierenden Bereichen wie Verkehr und Industrie eingesetzt werden. Biomethan soll künftig nur noch in hochflexiblen Kraftwerken verwendet werden. Alle neuen Biomethan- und neue Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK-Anlagen) sollen zudem fit sein für den Hochlauf einer grünen Wasserstoffwirtschaft („H2-ready“). Die Bioenergie kann durch diese Anpassungen ihre Stärke als speicherbarer Energieträger besser ausspielen. Die Volumen der Innovationsausschreibungen, in denen Kom-

80

PROZENT

des verbrauchten Stromes soll 2030 aus Erneuerbaren stammen.

binationen verschiedener Erzeugungsarten und von Anlagen mit Speichern in besonderen Verfahren vergeben werden, werden angehoben und die Ausschreibungen auf gleitende Marktprämien umgestellt.

Ergänzend zur bisherigen Innovationsausschreibung wird mit dem EEG 2023 die Grundlage für zwei neue Ausschreibungssegmente gelegt: Zum einen sollen innovative Konzepte zur Kombination erneuerbarer Energien mit lokaler wasserstoffbasierter Stromspeicherung einen Beitrag dazu leisten, die fluktuierende Erzeugung aus erneuerbaren Energien zu verstetigen. Zum anderen sollen durch Ausschreibungen für sogenannte Wasserstoff-Sprinterkraftwerke der Einsatz grünen Wasserstoffs oder des Folgeprodukts Ammoniak zur Stromerzeugung gefördert werden.

HÖHERE VERGÜTUNGSSÄTZE FÜR SOLARANLAGEN

Bei Dachanlagen in der Festvergütung wird die Vergütung deutlich von bis zu 6,24 Cent pro Kilowattstunde (kWh) auf bis zu 13,4 Cent pro kWh angehoben. Die erhöhten Fördersätze gelten für Anlagen, die ab dem 30. Juli 2022, das heißt ab dem Tag nach Inkrafttreten des Gesetzes, in Betrieb genommen werden. Durch die höheren Vergütungssätze sollen die Anreize zum PV-Ausbau gestärkt werden.

Solaranlagen, die neben der Einspeisung in das Stromnetz teilweise für den Eigenverbrauch genutzt werden, bekommen wegen der wirtschaftlichen Vorteile des Eigenverbrauches eine geringere Förderung (bis zu 8,6 Cent/kWh). Zugleich lassen sich Anlagen mit Voll- und Teileinspeisung künftig kombinieren, indem die Stromerzeugung über verschiedene Zähler erfasst wird und eine Mitteilung an den zuständigen Netzbetreiber erfolgt. Damit lohnt es sich, auch bei Eigenverbrauch die Dächer vollständig mit Solaranlagen zu belegen.

Die Degression, das heißt die kontinuierliche Abnahme der gesetzlich festgelegten Vergütungssätze, wird bis Anfang 2024 ausgesetzt und dann auf eine halbjährliche Degression umgestellt.



VEREINFACHUNGEN BEIM PV-AUSBAU

Die Rahmenbedingungen für die Solarenergie werden über die höhere Vergütung hinaus durch ergänzende Maßnahmen verbessert. Bei kleinen EE-Anlagen bis 30 Kilowatt installierter Leistung wird es künftig zur Ausnahme, dass der Netzbetreiber beim Anschluss anwesend sein muss. Durch den vereinfachten Netzanschluss können Anlagen schneller in Betrieb genommen werden.

Eine Förderung von Solaranlagen in Gärten wird für die Fälle ermöglicht, in denen ein Wohnhaus nicht zur Errichtung einer Solaranlage geeignet ist. Dies kann etwa Reetdächer betreffen oder aufgrund zwingender Hinderungsgründe des Denkmalschutzes der Fall sein. Die Regelung findet Anwendung, sobald die Bundesregierung in einer Rechtsverordnung festlegt, welche Gebäude nicht für Solaranlagen geeignet sind.



Die Leistung der Windenergie an Land soll um bis zu zehn GW pro Jahr steigen.

**MEHR IM WEB**

*Erste Regelungen der
Novelle gelten schon:*

www.bmwk.de/Regelungen

Die Flächenkulisse für Freiflächenanlagen wird maßvoll erweitert. Zu Konversionsflächen und verbreiterten Seitenrandstreifen neben Straßen und Bahngleisen kommen neue Kategorien wie Agri-PV, Floating-PV und Moor-PV hinzu. Dabei werden landwirtschaftliche und naturschutzverträgliche Aspekte berücksichtigt.

Die neuen Kategorien werden in die reguläre PV-Freiflächenausschreibung integriert. Bestimmte Agri-PV-Anlagen sowie Moor-PV-Anlagen erhalten aufgrund ihrer höheren Kosten einen Bonus in den Ausschreibungen.

AUSBAU AN WINDSCHWACHEN STANDORTEN WIRD ATTRAKTIVER

Durch spezifische Maßnahmen wird die Erschließung von windschwächeren Standorten beim Ausbau der Windenergie insbesondere im Süden Deutschlands deutlich attraktiver. Das sogenannte Referenzertragsmodell, ein standortbezogenes Berechnungsmodell für die EEG-Vergütung, wird für windschwache Standorte verbessert. Zudem wird ein neuer Korrekturfaktor spezifisch für windschwache Standorte in den südlichen Bundesländern geschaffen. Auch wird die Größenbegrenzung für Pilotwindenergieanlagen aufgehoben. Für alle Standorte wird die Degression des Höchstwertes für die Förderung von Wind an Land für zwei Jahre ausgesetzt. Dadurch sollen Anreize für mehr Tempo beim Windausbau geschaffen werden.

VERGÜTUNG OHNE AUSSCHREIBUNG FÜR BÜRGERENERGIEGESELLSCHAFTEN

Wind- und Solarprojekte von Bürgerenergiegesellschaften müssen ab 2023 nicht mehr an Ausschreibungen teilnehmen; Bürgerenergieprojekte erhalten dann auch ohne Ausschreibung eine Vergütung. Vorgaben der EU-Kommission begrenzen die Größe solcher Projekte allerdings für Wind auf bis zu 18 MW und für Solar auf bis zu sechs MW.



BETEILIGUNGSMÖGLICHKEITEN FÜR KOMMUNEN VERBESSERT

Die finanzielle Beteiligung wird ab 2023 auch bei Windenergieanlagen an Land in der sonstigen Direktvermarktung ermöglicht. Zusätzlich können dann auch Betreiber von bestehenden Windenergieanlagen an Land und von bestehenden Freiflächenanlagen die Kommunen finanziell beteiligen. Die finanzielle Beteiligung der Kommunen am Ausbau der Erneuerbaren soll die Akzeptanz vor Ort weiter stärken und in Zukunft zum Regelfall werden. Kommunen können nach dem EEG 2023 außerdem bei geförderten und ungeförderten Freiflächenanlagen die Inanspruchnahme der finanziellen Beteiligung von bestimmten Naturschutzanforderungen abhängig machen.

ABSCHAFFUNG DER EEG-UMLAGE UND VEREINFACHUNG VERBLEIBENDER UMLAGEN

Die EEG-Umlage wird – nach der vorübergehenden Absenkung auf null Cent zum 1. Juli 2022 – durch das Energiefinanzierungsgesetz (EnFG) vollständig abgeschafft. Der Finanzierungsbedarf für die erneuerbaren Energien wird künftig aus Haushaltsmitteln des Bundes ausgeglichen. Die EEG-Förderung über den Strompreis ist damit beendet. Dies entlastet sowohl private Verbraucherinnen und Verbraucher als auch Unternehmen und stärkt zudem Anreize zur Elektrifizierung von Prozessen.

Die verbleibenden Umlagen im Stromsektor, die Umlage gemäß Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) und die Offshore-Netzumlage, wurden zudem vereinheitlicht. Sie werden künftig nur für die Entnahme von Strom aus dem öffentlichen Netz erhoben; auf Eigenverbräuche und Direktbelieferungen hinter dem Netzverknüpfungspunkt fallen keine Umlagen mehr an. Dadurch wird die Eigenversorgung deutlich attraktiver; zudem wird Bürokratie abgebaut.

Die Besondere Ausgleichsregelung für die Industrie, die bislang Teil des EEG war und weiterhin Grundlage für Entlastungen im Bereich der KWKG-Umlage und der Offshore-Netzumlage ist, wurde in das EnFG überführt und deutlich vereinfacht. Dies schafft eine verlässliche und planbare Rechtsgrundlage für die Wirtschaft.

0

CENT

beträgt die EEG-Umlage seit dem 1. Juli 2022 vorübergehend und entfällt dann künftig ganz.

AUSBLICK: BEIHILFEGENEHMIGUNG DER EU-KOMMISSION STEHT NOCH AUS

Erste Regelungen der EEG-Novelle sind bereits in Kraft getreten: Seit dem 29. Juli gilt der Grundsatz, dass die Nutzung erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient. Zudem gelten seit dem 30. Juli höhere Vergütungssätze für alle neuen PV-Dachanlagen. Die angepassten Fördersätze stehen derzeit noch unter dem Vorbehalt der beihilferechtlichen Genehmigung durch die EU-Kommission. Hierzu ist das BMWK mit der EU-Kommission in guten und konstruktiven Gesprächen. Sobald eine entsprechende Genehmigung vorliegt, können die neuen Fördersätze wie geplant für Anlagen, die ab dem 30. Juli in Betrieb genommen wurden, angewendet werden. —

WEITERE INFORMATIONEN

Informationen zum EEG 2023: www.bmwk.de/erneuerbare-energien

Referat: Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)

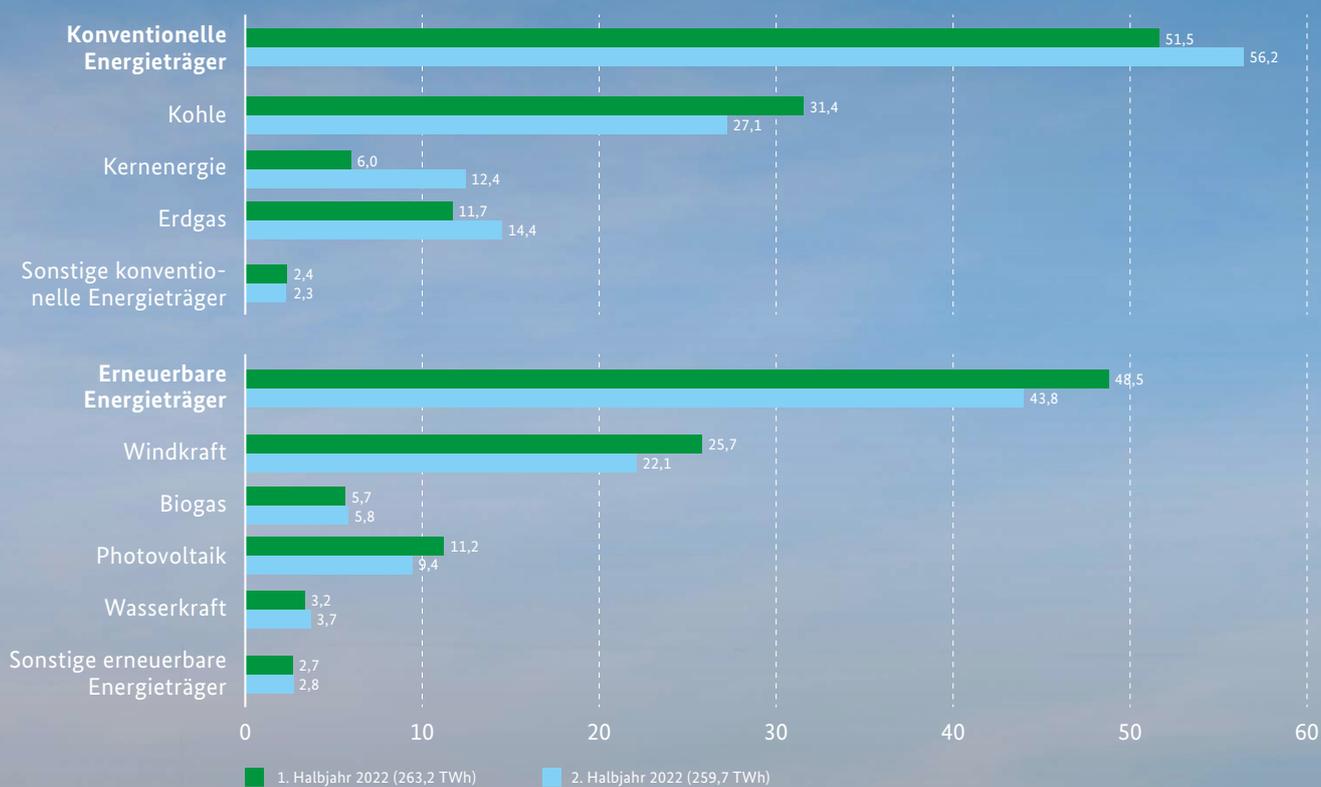
schlaglichter@bmwk.bund.de



Strommix im Stresstest

Der Anteil erneuerbarer Energien am deutschen Stromverbrauch soll bis 2030 auf 80 % steigen. Jetzt wurde die Sicherheit der Stromerzeugung überprüft.

Strommix in Deutschland:
Stromeinspeisung durch erneuerbare und konventionelle Energieträger in %



2030 soll der Bruttostromverbrauch zu mindestens 80 % aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. Dafür muss ihr Anteil am Strommix noch erheblich steigen. Im 1. Halbjahr 2022 lag er bei 48,5 %. Die Stromeinspeisung aus Erneuerbaren stieg damit gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 12,1 %. Grund dafür: günstige Witterungsbedingungen und ein Zubau an Photovoltaik-Anlagen. Die Einspeisung von Kohlestrom nahm im Vergleich zum ersten Halbjahr 2021 um 17,2 % zu und macht mit 31,4 % einen großen Teil des Strommixes aus. Die Stromerzeugung und -einspeisung aus Erdgas sank aufgrund steigender Gaspreise auf einen Anteil am Strommix von 11,7 %. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2021 ging sie damit um 17,9 % zurück. Es bleibt beim Atomausstieg. Nur zwei Kernkraftwerke sollen bis Mitte April 2023 als Notreserve am Netz gehalten werden.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Stand: 22.09.2022



Mehr erfahren
Stresstest zum Stromsystem:
www.bmwk.de/Stresstest

kurz & knapp

NACHHALTIGKEIT

Der Bund auf dem Weg zur klimaneutralen Verwaltung

Spätestens 2030 sollen die fast 130 Behörden der Bundesverwaltung klimaneutral arbeiten. Koordiniert wird das im BMWK.



Deutschland soll bis 2045 klimaneutral werden. Das Bundes-Klimaschutzgesetz definiert für die Bundesverwaltung eine besondere Vorbildfunktion: Bis 2030 ist diese klimaneutral zu organisieren. Somit sind künftig alle Treibhausgasemissionen zu vermeiden, zu verringern oder – falls beides nicht möglich ist – zu kompensieren. Dafür werden in den Bereichen Liegenschaften, Mobilität, Beschaffung, Veranstaltungen und Kantinenbetrieb Maßnahmen ergriffen.

Unterstützt werden die etwa 130 Behörden der unmittelbaren Bundesverwaltung dabei von der Koordinierungsstelle Klimaneutrale Bundesverwaltung (KKB) im BMWK. Im Jahr 2022 wird die KKB erstmals eine Klimabilanz erstellen. Darin werden die sogenannten Scope-1- und Scope-2-Emissionen, also die direkt freigesetzten sowie die indirekt aus eingekaufter Energie zugerechneten Treibhausgasemissionen und die Emissionen aus Dienstreisen der unmittelbaren Bundesverwaltung ermittelt. Im Rahmen einer jährlichen Aktualisierung der Bilanz überwacht die KKB die Fortschritte und die Wirkung

der eingeleiteten Maßnahmen und macht Vorschläge zu deren Weiterentwicklung.

Darüber hinaus wird ein eigenständiges Maßnahmenprogramm „Klimaneutrale Bundesverwaltung“ erarbeitet, das im Jahr 2023 im Ressortkreis abgestimmt und durch die Bundesregierung verabschiedet werden soll. Parallel dazu erproben Pilotprojekte mit neuen Ansätzen klimaschonende Lösungen. Auch die Vernetzung spielt bei der Identifikation von Best-Practice-Lösungen eine bedeutende Rolle. Deshalb organisiert die KKB regelmäßig einen Austausch mit den Ländern und pflegt auch über die Grenzen Deutschlands hinaus Kontakte.

Bis zum Jahr 2025 werden in allen obersten Bundesbehörden Umweltsystemen eingeführt. Zwei sogenannte Konvois – in denen Gruppen von Behörden gemeinsam bei der Einführung unterstützt werden und untereinander Erfahrungen austauschen – laufen bereits. Ein dritter Konvoi soll zeitnah folgen. Zusätzlich stellen neue Regelungen, wie Änderungen im Bundesreisekostengesetz (Bahn statt Flug), die

Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Beschaffung klimafreundlicher Leistungen oder die Energieeffizienzfestlegungen für Neubauten und Sanierungen, wichtige Grundlagen auf dem Weg zur Klimaneutralität dar.

Aktuell gewinnt durch den Krieg Russlands in der Ukraine die schnelle Reduzierung der Energieverbräuche stark an Bedeutung. Die Bundesverwaltung spart durch konkrete Schritte Energie ein: Es zeigt sich dabei einmal mehr, wie auch viele kleine Maßnahmen einen Beitrag leisten und mehr denn je entscheidend für eine klimaneutrale, wirtschaftlich erfolgreiche und energiepolitisch unabhängige Zukunft sind. Das Engagement jeder einzelnen Behörde und ihrer Mitarbeitenden ist zentral, um das Ziel der klimaneutralen Verwaltung zu erreichen. —

KONTAKT

Dr. Kerstin Röhling
Referat: Klimaneutrale Bundesverwaltung

schlaglichter@bmwk.bund.de



Gründungswoche Deutschland

14.–20. November 2022

www.gruendungswoche.de

GRÜNDUNGSWOCHE DEUTSCHLAND 2022

Vielfältig, innovativ, zukunftsfähig!

Gründungen sind gerade bei Jüngeren im Trend

Vom 14. bis 20. November 2022 findet die diesjährige Gründungswoche Deutschland statt. Sie ist der deutsche Beitrag zur Global Entrepreneurship Week (GEW), einer internationalen Aktion zur Förderung von innovativen Ideen und Unternehmensgründungen, und wird vom RKW Rationalisierungs- und Innovationszentrum der Deutschen Wirtschaft e.V. (RKW Kompetenzzentrum) im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz koordiniert.

In diesem Jahr sind mehr als 900 Partner aktiv an der Gründungswoche beteiligt. Bereits im Frühjahr fiel der Startschuss für die Planungen der diesjährigen Events. Ob digital oder vor Ort, ob Beratungsgespräch, Start-up-Pitch, Workshop oder Planspiel – die Formate, die sich an alle Gründungsinteressierten richten, sind so vielfältig und innovativ wie die Gründungsszene selbst. Eine Reihe an Veranstaltungen richtet sich darüber hinaus an bestimmte Zielgruppen,

wie zum Beispiel junge Menschen, Gründerinnen, Menschen mit Einwanderungsgeschichte, Gründerinnen und Gründer im Handwerk oder im Bereich Social oder Green Start-ups.

Alle Akteurinnen und Akteure der Gründungswoche Deutschland eint

MEHR ZUM THEMA

Möchten auch Sie Gründungsinteressierte bei der Umsetzung ihrer vielfältigen Geschäftsideen unterstützen?

Dann werden Sie mit einem Veranstaltungsangebot Partnerinnen und Partner der Gründungswoche Deutschland!

www.gruendungswoche.de

Weitere Informationen zur Gründungswoche Deutschland:
kontakt@gruendungswoche.de

*Anja Bork
Referat: Unternehmensgründung,
Finanzierungs- und Förderberatung*

schlaglichter@bmwk.bund.de

das Ziel, durch Information, Beratung oder Motivation einen Beitrag zu einem vitalen Gründungsgeschehen in Deutschland zu leisten. Denn: Gründungen in Deutschland sind gerade bei Jüngeren wieder im Trend. Ideen und Talente sind gefragt sowie Gründerinnen und Gründer, die eindrucksvoll zeigen, wie sie auf die Herausforderungen unserer Zeit reagieren, und neue Geschäftsmodelle für Klimaschutz, Energieeffizienz sowie Nachhaltigkeit und Digitalisierung entwickeln.

Die Vorbereitungen zur diesjährigen Gründungswoche laufen auf Hochtouren. Es ist geplant, dass bundesweit wieder verstärkt Präsenzveranstaltungen und persönliche Austauschformate angeboten werden. Zugleich werden zahlreiche Online-Formate, die in den letzten beiden Jahren entwickelt wurden, auch in Zukunft ein wichtiger Baustein der Gründungswoche Deutschland bleiben. —



GREMIEN

Sachverständigenrat wieder vollzählig

Ulrike Malmendier und Martin Werding komplettieren zentrales wirtschaftspolitisches Beratungsgremium

Bundespräsident Dr. Steinmeier hat Frau Prof. Dr. Dr. Ulrike Malmendier und Herrn Prof. Dr. Martin Werding in den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) berufen. Das Bundeskabinett hatte ihm dies am 10. August 2022 vorgeschlagen. Mit den beiden Neuberufungen ist der SVR mit fünf Mitgliedern wieder komplett.

Frau Prof. Dr. Dr. Malmendier ist seit 2012 Professorin für Wirtschaftswissenschaften an der University of California in Berkeley, USA. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Verhaltensökonomik, Finanzwirtschaft und monetäre Ökonomik. Sie forscht unter anderem zur Erwartungsbildung von Bürgerinnen und Bürgern bezüglich zukünftiger Inflationsraten. Sie ist das erste Mitglied des Sachverständigenrates, das gleichzeitig eine Professur außerhalb Deutschlands innehat.

Herr Prof. Dr. Werding ist seit 2008 Professor für Sozialpolitik und öffentliche Finanzen an der Ruhr-

Universität Bochum. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Sozialpolitik, Arbeitsmarktpolitik und öffentliche Finanzen. Er forscht unter anderem zu nachhaltigen Sozialversicherungssystemen.

ERSTMALS ÖKONOMINNEN IN DER MEHRZAHL

Die Bundesregierung hat vorgeschlagen, Frau Malmendier bis zum 28. Februar 2026 in den SVR zu berufen und Herrn Werding bis zum 29. Februar 2028. Die unterschiedlichen Zeitläufe resultieren aus unterschiedlichen, personenunabhängigen Mandatslaufzeiten. Wiederberufungen sind möglich.

Das von Herrn Werding nun wahrgenommene Mandat wird in geübter Praxis auf Vorschlag der Arbeitgeberseite besetzt. Ein entsprechendes Mandat für die Arbeitnehmerseite nimmt seit 2019 Prof. Dr. Achim Truger (Universität Duisburg-Essen; bis 2024) wahr. Die weiteren Mitglieder des Sachverständigenrates sind Prof. Dr. Veronika Grimm

(Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg; bis 2027) und Prof. Dr. Monika Schnitzer (Ludwig-Maximilians-Universität München; bis 2025). Mit den neuen Berufungen ist der SVR erstmals mit drei Ökonominen und zwei Ökonomen besetzt.

NEUES JAHRESGUTACHTEN IM NOVEMBER

Ein gesetzlicher Auftrag des SVR ist es, jedes Jahr „die gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung“ darzustellen. Zudem erörtert er wirtschaftspolitische Fragestellungen – unter anderem zur Produktivitätsentwicklung. Sein nächstes Jahresgutachten will der SVR am 9. November 2022 vorlegen. —

KONTAKT:

Benedikt Langner
Referat: Grundsatzfragen der
Wirtschaftspolitik

schlaglichter@bmwk.bund.de

K



KONJUNKTUR

22

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland im September 2022

29

BIP-Nowcast für das 3. und 4. Quartal 2022

31

Die wirtschaftliche Entwicklung im 2. Quartal 2022

DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE IN DEUTSCHLAND IM SEPTEMBER 2022¹

IN KÜRZE

Die deutsche Wirtschaft hat sich im ersten Halbjahr als widerstandsfähig erwiesen. Trotz Krieg in der Ukraine und der in dessen Folge drastisch gestiegenen Energiepreise ist die Wirtschaft im zweiten Quartal nochmals leicht gewachsen (+0,1 %).

Allerdings hat sich der Ausblick für das zweite Halbjahr merklich eingetrübt. Die deutsche Wirtschaftsleistung könnte in der zweiten Jahreshälfte stagnieren oder rückläufig sein.

Die Industrie musste zu Beginn des zweiten Halbjahres einen Rücksetzer hinnehmen. Im Berichtsmonat Juli sind sowohl die Produktion als auch die Auftragseingänge zurückgegangen. Der Ausblick für die Industriekonjunktur ist gedämpft.

Die Umsätze im Einzelhandel hatten sich im Juli erholt. Die Stimmung bei den privaten Konsumenten setzte aber ihre Talfahrt vor dem Hintergrund kräftiger Preisniveausteigerungen weiter fort.

Die Inflationsrate hat sich im August wieder erhöht, auf voraussichtlich 7,9 %. Der dämpfende Effekt durch die Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe und das Neun-Euro-Ticket wird im September wegfallen.

Der Arbeitsmarkt trotzt vorerst den globalen Unsicherheiten. Die Frühindikatoren haben sich stabilisiert und die Nachfrage nach Arbeitskräften liegt weiter auf hohem Niveau.

Für das erste Halbjahr 2022 meldeten die deutschen Amtsgerichte mit insgesamt 7.113 beantragten Unternehmensinsolvenzen 4 % weniger Anträge als im ersten Halbjahr 2021. Aktuelle Frühindikatoren und Umfragen deuten auf steigende Zahlen in der zweiten Jahreshälfte hin, eine „Insolvenzelle“ ist derzeit jedoch nicht in Sicht.

Die konjunkturelle Stimmung in Deutschland hat sich deutlich eingetrübt. Im Berichtsmonat Juli entwickelten sich fast alle Indikatoren negativ: Die Industrieproduktion sank, vor allem in den energieintensiven Bereichen. Die Auftragseingänge verzeichneten ihren sechsten Rückgang in Folge. Auch der Außenhandel entwickelte sich schwach, wobei die Exporte noch etwas mehr als die Importe zurückgingen. Einziger Lichtblick bleiben leicht positive reale Einzelhandelsumsätze, die die Rückgänge aus den vergangenen Monaten jedoch nicht kompensieren können.

SCHWACHER AUSBLICK INS ZWEITE HALBJAHR

Insgesamt kommt der Energiepreisschock, der sich durch die Reduzierung der russischen Gaslieferungen ergeben hat, immer mehr in der Breite der deutschen Volkswirtschaft an. So rechnen viele Unternehmen und Verbraucher mit weiter steigenden Preisen für Strom und Gas. Auch wenn es zu keiner physischen Rationierung der Gasmengen im Winter kommen dürfte, sorgen die hohen Preise dafür, dass viele Produktionsprozesse unrentabel werden und die Nachfrage nach den hergestellten Produkten zurückgeht. Die Inflationsrate, die im August nach vorläufigen Berechnungen bei 7,9 % lag, dürfte im kommenden Monat nochmals steigen, weil sich die Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe und das Neun-Euro-Ticket dann nicht mehr preisdämpfend auswirken.

Immerhin gibt es erste Zeichen der Entspannung bei den weltweiten Lieferketten. Die Anzahl der Unternehmen, die über Materialmangel klagen, ging im August deutlich zurück. Auch die Containerfrachtraten sinken allmählich. Dies könnte allerdings auch auf die Abkühlung der Weltwirtschaft zurückzuführen sein und kann deshalb nicht ausschließlich als positive Nachricht interpretiert werden.

Nach einem soliden ersten Halbjahr droht der deutschen Volkswirtschaft somit ein schwieriges zweites Halbjahr 2022. Die komplette Einstellung der Gaslieferungen über Nord Stream 1 kann zwar mittlerweile besser verkraftet werden als noch vor wenigen Monaten, weil in der Zwischenzeit andere Lieferanten eingesprungen sind und die Nachfrage auf die gestiegenen Preise reagiert hat, sodass die Gasspeicher inzwischen



¹ In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 12. September 2022 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsdaten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie kalender- und saisonbereinigter Daten.

BRUTTOINLANDSPRODUKT



recht gut gefüllt sind. Gleichwohl bringen die weiterhin zu zahlenden hohen Gaspreise für Deutschland einen Wohlfahrtsverlust mit sich, da sich die Terms of Trade der deutschen Volkswirtschaft deutlich verschlechtert haben. Vor diesem Hintergrund ist es nicht auszuschließen, dass die Wirtschaftsleistung in der zweiten Jahreshälfte stagniert oder rückläufig sein wird.

WELTWIRTSCHAFTLICHE ERHOLUNG GERÄT INS STOCKEN

Die harten Indikatoren zur Weltwirtschaft liegen nur mit einer zeitlichen Verzögerung von drei Monaten vor. Im Juni war die weltweite Industrieproduktion mit plus 1,2% gegenüber dem Vormonat noch aufwärtsgerichtet, auch wenn der Welthandel damals mit einer Veränderungsrate von minus 0,1% bereits ins Stocken geriet. Die Stimmungskennzeichen am aktuellen Rand signalisieren eine weitere Abkühlung der weltwirtschaftlichen Lage. Der Index von S&P Global (ehemals IHS Markit) fiel erstmals seit dem Frühjahr 2020 – als die Welt fest im Griff der ersten Corona-Welle war – unter die Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Der Rückgang im Dienstleistungsbereich war dabei noch etwas stärker als der Rückgang im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes. Für die kommenden Monate rechnen die Umfrageteilnehmerinnen und -teilnehmer mit einem schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld.

**EINKAUFSMANAGERINDEX WELT
J. P. MORGAN/IHS MARKIT**



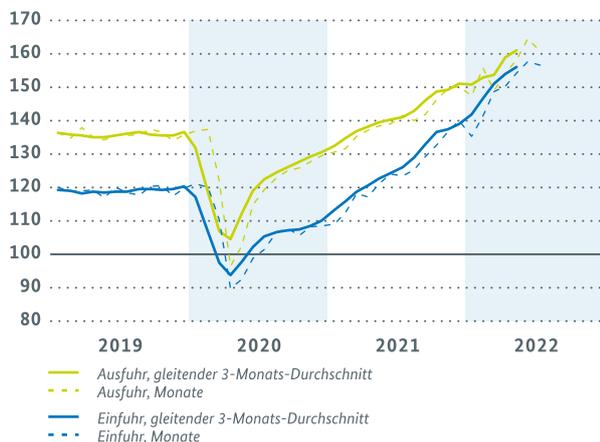
DÄMPFER FÜR DEN DEUTSCHEN AUSSENHANDEL

Die nominalen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen sind im Juli saisonbereinigt um 2,2% gegenüber dem Vormonat zurückgegangen. Auch die nominalen Einfuhren von Waren und Dienstleistungen entwickelten sich rückläufig. Im Vergleich zum Juni waren sie um 0,6% im Minus. Aufgrund des Aufschwungs im Außenhandel der vergangenen Monate erfolgt der Rückgang jedoch von hohem Niveau ausgehend: Im weniger schwankungsanfälligen Dreimonatsvergleich sind sowohl Aus- als auch Einfuhren noch deutlich im Plus.



EIN- UND AUSFUHREN (WAREN & DIENSTLEISTUNGEN)

in Milliarden Euro, kalender- und saisonbereinigt



Quelle: Zahlungsbilanzstatistik Deutsche Bundesbank (BBk)

Interessant ist zudem, dass zum ersten Mal seit sieben Monaten die Ausfuhrpreise wieder etwas stärker zulegen als die Einfuhrpreise. Da Energie nahezu vollständig importiert wird und dort große Preissteigerungen infolge des Russland-Ukraine-Konfliktes zu beobachten waren, litt Deutschland im letzten Halbjahr unter stark steigenden Einfuhrpreisen und einer Verschlechterung der Terms of Trade. Der Saldo der Leistungsbilanz lag im Zeitraum von Januar bis Juli in der Summe nur rund halb so hoch wie im Vorjahr.

DER AUSBLICK FÜR DEN AUSSENHANDEL BLEIBT GEMISCHT

Die Indikatoren zeichnen zurzeit ein uneinheitliches Bild:

- Einerseits deutet sich bei den Lieferengpässen, die die Weltwirtschaft im Zuge der Erholung von der Corona-Krise belastet haben, eine erste Entspannung ab. Containerfrachtraten sinken allmählich. Zudem sagen in einer ifo-Umfrage zur Materialknappheit in der Industrie nur noch 62% der befragten Firmen, dass sie von Engpässen betroffen seien. Dies ist der niedrigste Wert seit über einem Jahr.
- Andererseits könnten die nachlassenden Lieferengpässe auch ein Zeichen schwacher Nachfrage in einem Umfeld der konjunkturellen Abkühlung sein. In den nächsten Monaten wird sich der Energiepreisschock nach und nach durch die Volkswirtschaft ziehen. Preisgarantien zu günstigen Konditionen werden sukzessive ersetzt durch Neuverträge, die oft deutlich teurer sind. Es bleibt abzuwarten, wie sich dies auf die Produktion der exportorientierten deutschen Industrie auswirkt. Die ifo-Exportwartungen sind im August jedenfalls auf ein Fünf-Monats-Tief gefallen.

AUSSENHANDEL*

	1. Q.	4. Q.	Mai	Jun.	Jul.
WARENHANDEL UND DIENSTLEISTUNGEN (Zahlungsbilanzstatistik)					
Veränderung ggü. Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
AUSFUHR	1,3	5,5	2,5	4,0	-2,2
EINFUHR	3,9	8,7	2,6	2,2	-0,6
AUSSENHANDEL MIT WAREN NACH LÄNDERN (Außenhandelsstatistik)					
Veränderung ggü. Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
AUSFUHR	12,1	15,2	21,8	14,5	10,8
Eurozone	13,1	16,4	21,6	15,0	14,0
EU-Nicht-Eurozone	12,9	14,2	16,0	15,8	12,7
Drittländer	10,9	14,6	24,2	13,6	7,5
EINFUHR	24,5	28,6	34,8	24,8	26,1
Eurozone	18,5	19,3	23,3	15,7	13,5
EU-Nicht-Eurozone	9,1	17,9	23,4	18,2	18,4
Drittländer	35,2	39,7	48,4	34,6	39,2

* Angaben in jeweiligen Preisen
Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Die aktuelle Euro-Schwäche hat ebenfalls weitreichende Implikationen für den deutschen Außenhandel. Seit Jahresbeginn hat der Euro rund 12% an Wert gegenüber dem Dollar verloren, aktuell werden die Währungen im Verhältnis 1 : 1 getauscht. Grundsätzlich macht ein schwacher Euro deutsche Exporte im Ausland billiger, weshalb sich für die hier ansässigen Firmen neue Chancen auf internationalen Märkten ergeben. Allerdings wird zum Beispiel Öl hauptsächlich in Dollar gehandelt, weshalb ein schwacher Euro die Energiepreisbelastung hierzulande nochmals verstärkt. Insgesamt ist der schwache Euro ein zweischneidiges Schwert für die deutsche Volkswirtschaft.

DIE INDUSTRIE STARTET SCHWACH INS DRITTE QUARTAL

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe ist im Juli leicht um 0,3% gegenüber dem Vormonat gesunken. Der Ausstoß in der Industrie ging gegenüber dem Vormonat um 1,0% zurück. Insbesondere die Herstellung von Konsumgütern lag markant im Minus (-2,4%). Die Produktion im Baugewerbe expandierte um 1,4%. Im Bereich Energie kam es zu einem merklichen Zuwachs um 2,8%. Die energieintensiven Bereiche im Verarbeitenden Gewerbe entwickelten sich unterdurchschnittlich.

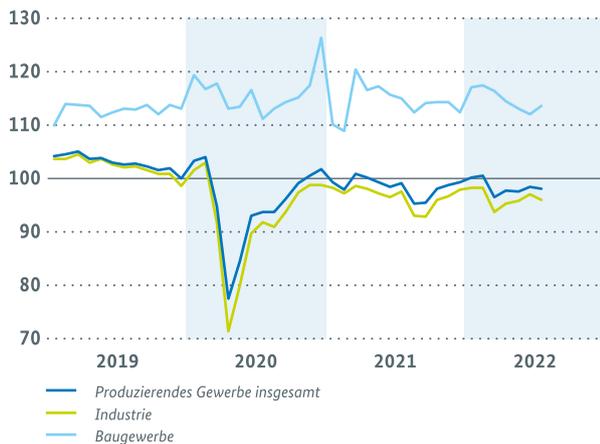
Im gewichtigen Bereich Kfz und Kfz-Teile gab es nach dem kräftigen Plus im Vormonat wieder einen Rücksetzer (-4,6%). Auch der Maschinenbau drosselte seine Produktion (-1,5%). Die im Verhältnis zu ihrer Wertschöpfung besonders energieintensiven Wirtschaftszweige Chemie (-2,2%), Metallerzeugung und -bearbeitung (-0,6%), die Herstellung von Glas, Glaswaren und Keramik (-0,9%) sowie Papier und Pappe (-4,3%) verzeichneten teils deutliche Rückgänge. Auch der Bereich Nahrungs- und Futtermittel ging kräftig



tig zurück (-4,2 %). Wachstumsimpulse kamen aus den Bereichen Datenverarbeitungsgeräte (+2,9 %) sowie elektrische Ausrüstungen (+2,0 %).

PRODUKTION IM PRODUZIERENDEN GEWERBE NACH WIRTSCHAFTSZWEIGEN

Volumenindex (2015 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

INDUSTRIE

VERÄNDERUNG GGÜ. VORZEITRAUM IN %
(Volumen, saisonbereinigt)

	1.Q.	4.Q.	Mai	Jun.	Jul.
PRODUKTION					
Insgesamt	-0,2	-0,7	0,6	1,3	-1,0
Vorleistungsgüter	1,0	-1,4	-0,4	0,5	-0,6
Investitionsgüter	-2,0	-0,3	2,2	2,2	-0,8
Konsumgüter	1,6	-0,3	-0,9	0,7	-2,4
UMSÄTZE					
Insgesamt	0,7	-0,6	2,5	3,4	-1,8
Inland	1,6	-1,6	-0,8	3,1	-1,7
Ausland	-0,2	0,3	5,7	3,6	-1,8
AUFTRAGSEINGÄNGE					
Insgesamt	2,8	-5,5	-0,2	-0,3	-1,1
Inland	-1,8	-1,1	-1,5	1,2	-4,5
Ausland	6,1	-8,6	0,7	-1,4	1,3
Vorleistungsgüter	-0,2	-3,5	-3,2	1,5	1,5
Investitionsgüter	4,6	-8,3	2,5	-1,9	-0,2
Konsumgüter	3,3	5,5	-4,1	2,1	-16,9

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Die Auftragseingänge sind im Juli gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt um 1,1 % gesunken. Infolge des russischen Angriffskrieges in der Ukraine ist es bereits zum sechsten Rückgang hintereinander gekommen. Ohne Berücksichtigung von Großaufträgen haben sich die Or-

dereingänge um 0,8 % verringert. Insgesamt lagen die Bestellungen damit zuletzt 13,6 % unter ihrem Niveau von einem Jahr zuvor.

Ausschlaggebend für die Abnahme im Juli gegenüber dem Vormonat waren weniger Bestellungen von Investitions- und vor allem Konsumgütern (-0,2 % bzw. -16,9 %). Die Produzenten von Vorleistungsgütern meldeten hingegen einen Zuwachs um 1,5 %. Aus dem Inland gingen 4,5 % weniger Auftragseingänge ein. Die Auslandsnachfrage erhöhte sich insgesamt um 1,3 %, wobei einem Orderplus aus dem Nicht-Euroraum von 6,5 % ein Orderminus aus dem Euroraum von 6,4 % gegenüberstand.

Die Industrie ist schwach ins dritte Quartal gestartet. Die Belastungen durch hohe Energiepreise dauern an und dämpfen die Produktion. Zwar ließen Materialknappheiten laut Unternehmensumfragen zuletzt etwas nach, eine nachhaltige Entspannung ist hier aber noch nicht in Aussicht. Die Indikatoren am aktuellen Rand sprechen für eine schwächere Nachfrage im Verarbeitenden Gewerbe und die gedrosselten Gaslieferungen aus Russland und die hohe Unsicherheit durch den Krieg trüben die Aussichten für den Rest des Jahres weiter ein.

UMSATZ IM EINZELHANDEL LEGT WIEDER ZU

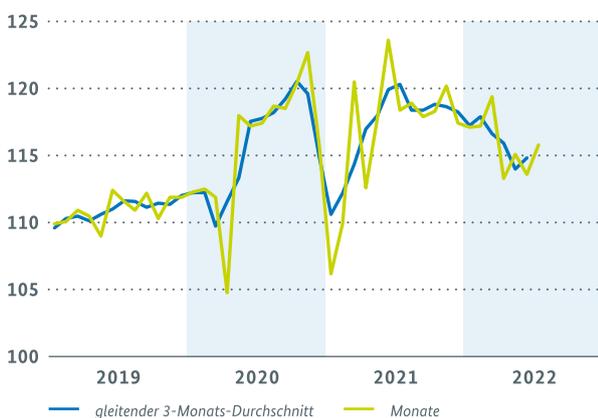
Im Einzelhandel ohne Kfz haben sich die Umsätze im Juli gegenüber dem Vormonat um 1,9 % erhöht, nachdem sie im Juni um 1,5 % gesunken waren. Damit lagen die Umsätze zuletzt um 2,6 % unter ihrem Niveau von einem Jahr zuvor, was hauptsächlich auf die hohen Preisniveausteigerungen im Einzelhandel zurückzuführen ist. So kam es in nominaler Rechnung, also ohne Preisbereinigung, binnen Jahresfrist zu einem Umsatzplus von 6,1 %. Der Handel mit Lebensmitteln verzeichnete im Juli im Vergleich zum Vormonat eine Zunahme des realen Umsatzes von 2,1 % (ggü. Vorjahresmonat -4,4 %). Der Handel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren meldete ein leichtes Plus von 0,6 % (ggü. Vorjahresmonat +0,2 %). Der Internet- und Versandhandel konnte nach einer schwachen Entwicklung im Juni nun im Juli einen deutlichen Zuwachs um 9,2 % verbuchen (ggü. Vorjahresmonat +5,1 %). An den Tankstellen kam es im Juli zu einem Umsatzplus von 1,3 % und angesichts des Tankrabattes gegenüber dem Vorjahr zu einem spürbaren Zuwachs um 7,5 %. Die Neuzulassungen von Pkw durch private Halter haben im August kräftig um 13,2 % zugelegt, nachdem es bereits in den beiden Vormonaten zu Steigerungen gekommen war (Juli: +1,1 %, Juni: +2,6 %; Mai: +5,9 %).

Laut dem GfK-Konsumklima ist die Stimmung bei den privaten Haushalten weiter auf Talfahrt. Für September wird ein erneuter Rückgang auf einen neuen historischen Tiefststand prognostiziert. Die ifo-Geschäftserwartungen im Einzelhandel hellten sich im August leicht auf. Der Saldo der Meldungen liegt aber weiterhin auf einem sehr niedrigen Niveau.



EINZELHANDELSUMSATZ OHNE HANDEL MIT KFZ

Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBK)

ERNEUT AUFTRIEB FÜR DIE VERBRAUCHERPREISE

Die Inflationsrate, also die Entwicklung des Preisniveaus binnen Jahresfrist, hat sich im August laut der vorläufigen Meldung des Statistischen Bundesamtes wieder erhöht, auf voraussichtlich 7,9%. Dies entspricht einem Anstieg um 0,4 Prozentpunkte gegenüber dem Vormonat (Juli: +7,5%). Bereits im Mai hatte die Rate mit 7,9% den bisher höchsten Wert seit dem Winter 1973/74 zu Zeiten der ersten Ölkrise erreicht. Gegenüber dem Vormonat ist das Niveau der Verbraucherpreise um voraussichtlich 0,3% gestiegen. Die endgültige Meldung über die Verbraucherpreise lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Wesentlicher Treiber der hohen Inflationsrate ist nach wie vor die sehr starke Teuerung bei den Energieprodukten (+35,6%, Juli: 35,7%) vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges. Allerdings fiel auch der Anstieg der Preise für Nahrungsmittel im August sehr kräftig aus. Er verzeichnete mit 16,6% gegenüber dem Vorjahresmonat ein neues Allzeithoch seit der Wiedervereinigung (zuvor: +14,8%). Die Kerninflation (ohne Energie und Nahrungsmittel) lag im August bei 3,5% und damit deutlich unter dem Gesamtwert. Insbesondere bei den Lebensmitteln wirkten sich Preisanstiege auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen preiserhöhend aus. Im Juli hatten sich die Erzeugerpreise binnen Jahresfrist mit 37,2% so stark wie nie seit Beginn der Erhebung im Jahr 1949 erhöht. Auch hier war die Preisniveauentwicklung bei Energie maßgeblich. Auch in den kommenden Monaten ist weiterhin mit einem starken Preisdruck bei Energie und deshalb auf absehbare Zeit mit hohen Inflationsraten zu rechnen.

Das Neun-Euro-Ticket und der Tankrabatt wirken seit Juni mildernd auf die Inflationsrate. Weil beide Maßnahmen Ende August ausliefen, wird es im September zu einem gegenläufigen, preistreibenden Effekt kommen.

Schätzungen der Deutschen Bundesbank zufolge könnte er rund einen Prozentpunkt betragen und dürfte somit die Inflationsrate für sich genommen merklich erhöhen. Weiterhin preisdämpfend wirkt die seit Juli geltende Abschaffung der EEG-Umlage.

VERBRAUCHERPREISINDEX

Veränderung in %	ggü. Vormonat		ggü. Vorjahresmonat	
	Jul.	Aug.	Jul.	Aug.
Insgesamt	0,9	0,3	7,5	7,9
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	0,9	0,3	3,2	3,5
Nahrungsmittel	2,3	1,5	14,8	16,6
Wohnung, Betriebskosten	0,8	0,8	10,8	11,5
Gesundheitspflege	0,4	0,0	1,7	1,6
Verkehr	-1,1	-1,1	5,4	3,7
Nachrichtenübermittlung	-0,1	-0,1	-0,2	-0,4
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	4,0	-0,1	6,1	6,5
Bildungswesen	0,2	-0,7	1,6	1,8
Beherbergungs- u. Gaststättendienstl.	1,4	0,5	7,9	8,1
Energie	-0,3	0,3	35,7	35,6
Kraftstoffe	-4,0	-2,6	36,6	32,4
Dienstleistungen	1,3	0,2	2,0	2,2
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,5	0,6	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBK)

ARBEITSMARKT TROTZT GLOBALEN UNSICHERHEITEN

Der Arbeitsmarkt zeigt sich weiterhin vergleichsweise robust, auch wenn die Fluchtmigration aus der Ukraine sich erneut deutlich auf die registrierte Arbeitslosigkeit auswirkt. Sie erhöhte sich im August saisonbereinigt merklich um 28.000 Personen. Der Anstieg ist wie bereits in den Vormonaten im Wesentlichen auf Fluchtmigration aus der Ukraine zurückzuführen. Die ukrainischen Geflüchteten werden seit Juni in der Grundsicherung erfasst. Dementsprechend steigt die Zahl der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II stärker, im August um 25.000 Personen (saisonbereinigt). Der Anstieg im SGB III liegt deutlich niedriger (+3.000 Personen, sb). In Ursprungswerten nahm die registrierte Arbeitslosigkeit um 77.000 auf 2,55 Millionen Personen zu. Die Zahl der arbeitslos gemeldeten Personen lag damit aber immer noch um 31.000 Personen unter dem Vorjahresmonat. Bei Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung hält der bisherige positive Trend weiter an. Die Erwerbstätigkeit wuchs im Juli saisonbereinigt um 23.000 Personen. In Ursprungswerten waren damit 45,6 Millionen Menschen erwerbstätig, 571.000 Personen mehr als im Vor-



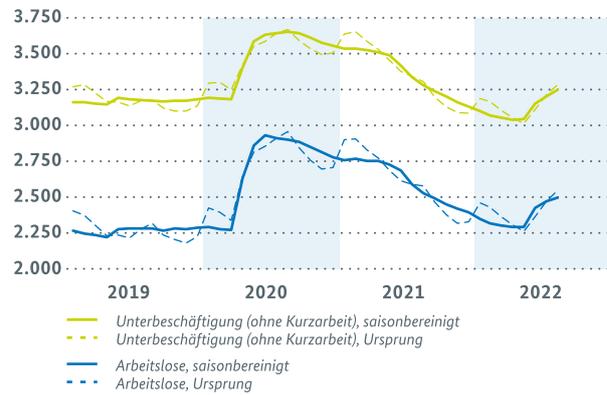
jahresmonat. Bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gab es im Juni ebenfalls einen Zuwachs, in Höhe von 27.000 Personen. Die Inanspruchnahme der Kurzarbeit lag im Juni bei rund 0,26 Millionen Personen und ist damit weiter rückläufig. Die Frühindikatoren haben sich stabilisiert und die Nachfrage nach Arbeitskräften liegt weiter auf hohem Niveau. Erwartet wird aber, dass Fluchtmigration auch in den kommenden Monaten zu weiteren Anstiegen bei der registrierten Arbeitslosigkeit führt. Sollte es zu stärkeren gesamtwirtschaftlichen Verwerfungen kommen, dürften sie sich zeitverzögert auch auf dem Arbeitsmarkt niederschlagen. Das Instrument der Kurzarbeit dürfte dann einen Anstieg konjunktureller Arbeitslosigkeit abfedern.

ERNEUT RÜCKGANG DER INSOLVENZEN IM 1. HALBJAHR 2022

Die rückläufige Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen in den vergangenen beiden Jahre hält weiterhin an und die Zahlen bleiben auch im Jahr 2022 bisher weiter unter Vorjahresniveau. Nach endgültigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes meldeten die deutschen Amtsgerichte mit insgesamt 7.113 beantragten Unternehmensinsolvenzen 4 % weniger Anträge als im ersten Halbjahr 2021 (-21% ggü. 1. Halbjahr 2020).

Als Frühindikator gibt die Zahl der beantragten Regelinsolvenzen Hinweise auf die künftige Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen. Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes setzte sich der zuletzt im Juni (-7,6 %) und Juli (-4,2 %) rückläufige Trend im August 22 nicht weiter fort (+6,6 %, jeweils ggü. Vormonat). Experten des IW Halle gehen von wieder steigenden Insolvenzzahlen im weiteren Jahresverlauf aus; eine „Insolvenzwellen“ wird derzeit jedoch nicht erwartet. Allerdings stellen die Folgen des Krieges in der Ukraine und die drastisch gestiegenen Energiepreise für viele Unternehmen Belastungen dar, deren Auswirkungen auf das Insolvenzgeschehen im weiteren Jahresverlauf nur schwer abzuschätzen sind. —

ARBEITSLOSIGKEIT UND UNTERBESCHÄFTIGUNG (in 1.000)



ifo-BESCHÄFTIGUNGSBAROMETER UND ERWERBSTÄTIGE (INLAND)

Monate, saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk), ifo Institut

ARBEITSMARKT

Arbeitslose (SGB II und III)

	1.Q.	2.Q.	Jun.	Jul.	Aug.
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,417	2,311	2,363	2,470	2,547
ggü. Vorjahr in 1.000	-460	-380	-251	-120	-31
ggü. Vorperiode in 1.000*	-97	13	133	45	28
Arbeitslosenquote	5,3	5,0	5,2	5,4	5,6

ERWERBSTÄTIGE (Inland)

	1.Q.	2.Q.	Mai	Jun.	Jul.
in Mio. (Ursprungszahlen)	45,2	45,5	45,5	45,6	45,6
ggü. Vorjahr in 1.000	659	664	689	610	571
ggü. Vorperiode in 1.000*	195	133	32	25	23

SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIG BESCHÄFTIGTE

	1.Q.	2.Q.	Apr.	Mai	Jun.
in Mio. (Ursprungszahlen)	34,3	34,4	34,4	34,4	34,4
ggü. Vorjahr in 1.000	695	670	680	693	639
ggü. Vorperiode in 1.000*	227	106	15	50	27

*kalender- und saisonbereinigte Angaben

Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

BIP-NOWCAST FÜR DAS 3. UND 4. QUARTAL 2022

IN KÜRZE

Der Nowcast für die saison- und kalenderbereinigte Veränderungsrate des BIP beträgt plus 0,2 % für das dritte Quartal 2022 und minus 0,2 % für das vierte Quartal (Stand 9. September).¹

Derzeit prognostiziert der Nowcast für das dritte bzw. vierte Quartal 2022 einen saison- und kalenderbereinigten Anstieg bzw. Rückgang des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von plus 0,2 % beziehungsweise minus 0,2 %. Der Nowcast liefert eine täglich aktualisierte, rein technische, zeitreihenanalytische Prognose der Wirtschaftsleistung, unabhängig von der Bundesregierung und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz. Das Statistische Bundesamt veröffentlicht Ende Oktober 2022 bzw. Ende Januar 2023 erste amtliche Ergebnisse zur tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung des dritten bzw. vierten Vierteljahres 2022.

Die Abbildung zeichnet den Verlauf der Schätzwerte nach: Bei erstmaliger Berechnung Anfang April belief sich der Nowcast für das dritte Quartal auf plus 0,3 %. Unterhalb dieses Wertes schwankte er bis Ende Juni. Für einen Großteil der Pendelbewegungen waren die Eintrübung und Aufhellung verschiedener Stimmungsindikatoren aus dem In- und Ausland verantwortlich. Die Unsicherheit um die Liefermengen russischen Erdgases im Rahmen der Wartung der Nordsee-Pipeline Nord Stream 1 sorgten dabei für deutliche Ausschläge auf bis zu minus 1,7 %. Zum Auftrieb im August führten vor allem die Meldungen zu den Kfz-Neuzulassungen in Italien und Frankreich. Verbesserte Umfragedaten aus Deutschland und Europa sowie die Meldung zum Export im Berichtsmonat Juli hoben den Nowcast schließlich auf den derzeitigen Stand von plus 0,2 %.

Auch der Nowcast für das vierte Quartal war im Berichtszeitraum maßgeblich von Umfragedaten getrieben. Der Schätzwert belief sich bei erstmaliger Berechnung Anfang Juli auf plus 0,2 %. Der Einbruch auf bis zu minus 0,7 % ergab sich unter anderem durch abwärts gerichtete Stimmungsindizes für den Berichtsmonat Juni.

Auftriebskräfte kamen aus derselben Richtung wie beim Nowcast für das dritte Quartal. Derzeit beziffert sich der Schätzwert für das vierte Quartal auf minus 0,2 %.

Aus fachlicher Sicht erscheint die vom Modell prognostizierte Entwicklung des BIP für das zweite Halbjahr 2022 insgesamt plausibel. Derzeit bleibt die wirtschaftliche Stimmungslage von erheblichen Risiken geprägt, was in den Unternehmensumfragen zum Ausdruck kommt. Die deutsche Konjunktur wird durch steigende Energie- und Rohstoffpreise, gestörte Lieferketten und geopolitische Konflikte gedämpft. Ob die tatsächliche Entwicklung den Nowcast bestätigen wird, hängt vor allem von der weiteren Entwicklung der Gaslieferengpässe sowie den daraus resultierenden wirtschaftlichen Einbußen ab. —

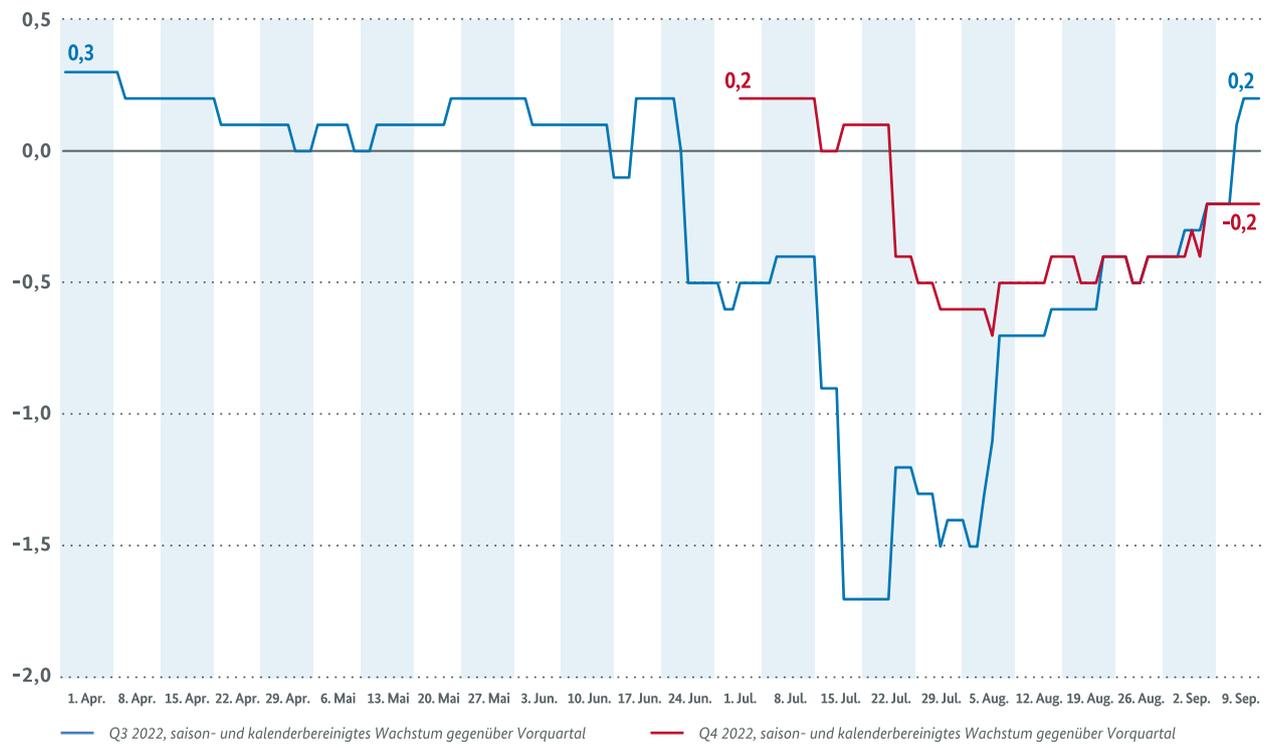
DAS MODELL

Das Modell zur Prognose des deutschen Bruttoinlandsproduktes wird von Now-Casting Economics Ltd. betrieben. Der hier veröffentlichte Nowcast ist eine rein technische, modellbasierte Prognose. Die Schätzungen sind mit einer hohen statistischen Unsicherheit behaftet, die mit Modellprognosen immer einhergeht. Es handelt sich bei dem Nowcast weder um die Prognose des BMWK noch um die offizielle Projektion der Bundesregierung.



¹ Für nähere Erläuterungen zu der Methode, den verwendeten Daten und der Interpretation des Modells siehe Senftleben und Strohsal (2019): „Nowcasting: Ein Echtzeit-Indikator für die Konjunkturanalyse“, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, Juni 2019, Seite 9–11, und Andreini, Hasenzagl, Reichlin, Senftleben und Strohsal (2020) „Nowcasting German GDP“, CEPR DP14323.

ENTWICKLUNG DES BIP-NOWCAST FÜR DAS 3. UND 4. QUARTAL 2022 IN %



DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IM 2. QUARTAL 2022

IN KÜRZE

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) legte im zweiten Quartal 2022 leicht um 0,1 % zu. Es hat damit erstmals das Niveau vor der Corona-Krise wieder erreicht.

Die Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe (ohne Bau) war gegenüber dem Vorquartal rückläufig (-0,4 %). Energieintensive Branchen liefen besonders schwach.

Getragen wurde das Wirtschaftswachstum im zweiten Vierteljahr vor allem vom privaten und staatlichen Konsum.

Trotz des Krieges in der Ukraine ist die Wirtschaft insgesamt im ersten Halbjahr solide gewachsen.

Das Statistische Bundesamt hat am 25. August 2022 detaillierte Daten zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) im zweiten Quartal 2022 veröffentlicht. Demnach nahm das preis-, kalender- und saisonbereinigte BIP mit einer Veränderungsrate von 0,1 % gegenüber dem Vorquartal leicht zu. Die deutsche Wirtschaft hat sich angesichts des russischen Angriffskrieges in der Ukraine im ersten Halbjahr als durchaus widerstandsfähig erwiesen und erstmals das Niveau vor der Corona-Krise vom vierten Quartal 2019 wieder erreicht. Im ersten Quartal war das deutsche BIP um 0,8 % gegenüber dem Vorquartal gewachsen. Insgesamt steht im ersten Halbjahr also trotz der wirtschaftlichen Widrigkeiten ein solides Wachstum.

Diese Entwicklung wurde vor allem von den privaten und den staatlichen Konsumausgaben getragen. Die deutsche Volkswirtschaft profitierte von der Aufhebung fast aller Corona-Beschränkungen. Die Menschen nutzten die Lockerungen, um beispielsweise wieder mehr zu reisen und auszugehen. Demgegenüber stehen die hohen Preisniveausteigerungen, die ihren Ursprung vor allem in den stark gestiegenen Energiepreisen haben. Der Energiepreisschock kommt nun mehr und mehr in der Breite der Bevölkerung an.

In der Frühjahrsprojektion vom 27. April 2022 hatte die Bundesregierung mit einem BIP-Wachstum von 2,2 % im Gesamtjahr 2022 gerechnet. Die nun erfolgte Veröffentlichung der Daten zum Bruttoinlandsprodukt bestätigt, dass das erste Halbjahr sogar besser verlaufen ist als in der Frühjahrsprojektion angenommen. Allerdings hat sich der Ausblick für das zweite Halbjahr vor dem Hintergrund der Reduzierung russischer Gaslieferungen und massiv gestiegener Energiepreise deutlich verschlechtert. In der zweiten Jahreshälfte könnte die deutsche Wirtschaftsleistung stagnieren oder rückläufig sein. Das Wachstum der deutschen Wirtschaft dürfte, auf das Jahr gesehen, dementsprechend schwächer ausfallen als in der Frühjahrsprojektion erwartet. Die Bundesregierung legt am 12. Oktober mit der Herbstprojektion ihre nächste Vorausschätzung vor. 

ECKWERTE DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG IN DEUTSCHLAND

	Veränderung 4. Q. 21 gg. 4. Q. 20 in %	Saison- und kalenderbereinigte Entwicklung ¹				
		2. Q. 21	3. Q. 21	4. Q. 21	1. Q. 22	2. Q. 22
		Veränderung gg. Vorquartal in % (Verlauf)				
VERWENDUNG DES BIP						
<i>preisbereinigt (real), Kettenindizes (2010 = 100)</i>						
Private Konsumausgaben ²	7,2	3,4	5,7	-1,0	0,8	0,8
Konsumausgaben des Staates	1,9	4,8	-3,4	1,3	1,8	2,3
Bruttoanlageinvestitionen	-1,6	1,5	-2,3	0,0	2,1	-1,3
Ausrüstungen	0,6	0,3	-3,1	0,9	1,7	1,1
Bauten	-3,9	2,4	-2,9	-0,8	3,1	-3,4
Sonstige Anlagen	1,8	0,7	0,6	0,6	-0,1	0,8
Vorratsveränderung ^{3,4}	x	-0,9	-0,2	0,5	0,1	0,1
Inländische Verwendung	4,1	2,2	1,4	0,3	1,4	0,7
Exporte	1,9	0,9	0,0	2,5	-0,7	0,3
Importe	7,2	1,5	1,3	3,7	0,4	1,6
Außenbeitrag ⁴	x	-0,2	-0,5	-0,4	-0,5	-0,6
BRUTTOINLANDSPRODUKT (real)	1,8	1,9	0,8	0,0	0,8	0,1
PREISENTWICKLUNG (2010 = 100)						
Private Konsumausgaben ²	6,6	0,6	0,6	1,4	2,5	1,9
Bruttoinlandsprodukt	5,9	0,4	1,5	1,5	1,3	1,4
		Veränderung gg. Vorquartal				
ERWERBSTÄTIGE (Inland) in Tsd.	664	123	200	142	195	133

¹ Kalender- und Saisonbereinigung des Statistischen Bundesamtes

² Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck

³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen

⁴ Absolute Veränderung der Vorräte und des Außenbeitrags in % des BIP des Vorjahres (= Beitrag zur Zuwachsrates des BIP)

Stand: 25.08.2022

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBK)

INDUSTRIEPRODUKTION UND BAU RÜCKLÄUFIG, VIELE DIENSTLEISTUNGSBEREICHE IM PLUS

Insgesamt war die Bruttowertschöpfung im zweiten Quartal 2022 gegenüber dem Vorquartal rückläufig (-0,3%). In den einzelnen Bereichen kam es zu einer unterschiedlichen Entwicklung: Im Verarbeitenden Gewerbe war die Wertschöpfung merklich im Minus (-0,5%). Insbesondere die energieintensiven Branchen wie die chemische Industrie und der Bereich Metallerzeugung und -verarbeitung entwickelten sich schwach. Auch die Bruttowertschöpfung im Baugewerbe sank im Vergleich mit dem ungewöhnlich milden Winterquartal kräftig um 2,4%.

Die meisten Dienstleistungsbereiche profitierten hingegen von den Lockerungen der Corona-Beschränkungen, allen voran Unternehmen im Bereich von Gastronomie, Unterhaltung und Erholung. Nur im Handel sowie im Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit sank die Wirtschaftsleistung gegenüber dem ersten Quartal. Insbesondere im Handel zeigte sich die eingetrübte Konsumstimmung angesichts der hohen Inflationsraten.



WACHSTUM DES BRUTTOINLANDSPRODUKTES

(Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten, preis-, kalender- und saisonbereinigt)



Quelle: Statistisches Bundesamt (StBA)

KONSUM WIRKT STÜTZEND – AUSSENHANDEL SCHWÄCHELT

Dass das BIP im zweiten Quartal 2022 zulegen konnte, ist vor allem dem starken privaten und staatlichen Konsum zu verdanken. Sie expandierten kräftig um 0,8 beziehungsweise 2,3 %. Auch die Ausrüstungsinvestitionen – dies sind vor allem Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge – lagen mit plus 1,1 % merklich im Plus. Hier überwog offensichtlich der Investitionsbedarf die negativen Anreize aus gestiegener wirtschaftlicher Unsicherheit und Zinssteigerungen. Die Bauinvestitionen hingegen, die im ersten Quartal von der milden Witterung profitiert hatten, entwickelten sich mit minus 3,4 % rückläufig.

Zwar ist Deutschland als Exportnation überproportional von den Sanktionen gegen Russland betroffen, dennoch waren die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen mit plus 0,3 % gegenüber dem Vorquartal stabil. Die Importe wuchsen mit plus 1,6 % merklich kräftiger. Hierzu trugen maßgeblich die Dienstleistungsimporte bei, die infolge vermehrter Reisetätigkeit zulegten.

ARBEITSMARKT STABIL, FLUCHTMIGRATION ERHÖHT ARBEITSLOSIGKEIT

Im Durchschnitt waren im zweiten Quartal rund 45,5 Millionen Menschen in Deutschland erwerbstätig. Damit stieg die Erwerbstätigkeit gegenüber dem Vorjahr kräftig um 664.000 Personen. Am Quartalsende erhöhte sich die registrierte Arbeitslosigkeit saisonbereinigt erstmals in diesem Jahr. Dieser Anstieg ist aber nicht konjunkturell bedingt, sondern ganz überwiegend darauf zurückzuführen, dass ukrainische Geflüchtete seit Juni in der Grundsicherung erfasst werden. Im Quartalschnitt schlägt sich ihre Zahl noch nicht nennenswert nieder: Die registrierte Arbeitslosigkeit betrug im zweiten Quartal durchschnittlich rund 2,3 Millionen Personen. Dies entspricht einem Rückgang der Arbeitslosenquote auf rund 5,0 %. Auch die Kurzarbeit ging weiter zurück.

Das Arbeitsvolumen, als Summe der geleisteten Arbeitsstunden aller Erwerbstätigen, welches die Kurzarbeit berücksichtigt, legte im zweiten Quartal um 1,0 % gegenüber dem Vorjahresquartal zu. Dass dieser Anstieg geringer ausfällt als im ersten Quartal, liegt vor allem am höheren Krankenstand und mehr genommenen Urlaubstagen. Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität – gemessen als preisbereinigtes BIP je Erwerbstätigenstunde – nahm gegenüber dem Vorjahresquartal um 0,7 % zu.

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte lag im Vergleich zum Vorjahresquartal um 6,4 % höher. Die Arbeitnehmerentgelte wuchsen dabei deutlich um 5,6 %, während die Unternehmens- und Vermögenseinkommen mit 3,0 % im Minus lagen. Der Zuwachs bei den Löhnen und Gehältern betrug im Durchschnitt je Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer brutto 4,3 % beziehungsweise netto 4,1 %. Die

privaten Konsumausgaben nahmen in nominaler (nicht preisbereinigter) Rechnung um 14,3 % gegenüber dem Vorjahr zu. Hier wirkten sich sowohl Ausgabensteigerungen in Folge des Wegfalls der Corona-Beschränkungen als auch der starke Anstieg der Verbraucherpreise aus. Die saisonal bereinigte Sparquote der privaten Haushalte sank auf 10,1 % und liegt damit auf Vorkrisenniveau: In Hochzeiten der Pandemie war sie wegen fehlender Konsummöglichkeiten auf Rekordwerte von über 20 % geklettert. —

www.bmwk.de



[www.facebook.de/
bmwk](https://www.facebook.de/bmwk)



[www.instagram.de/
bmwk](https://www.instagram.de/bmwk)



[www.twitter.de/
bmwk](https://www.twitter.de/bmwk)



[www.youtube.de/
wirtschaftspolitik](https://www.youtube.de/wirtschaftspolitik)



[www.linkedin.de/
bmwk](https://www.linkedin.de/bmwk)



IMPRESSUM

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwk.de

Stand

23. September 2022

Gestaltung

Hirschen Group GmbH
10997 Berlin

Bildnachweis

S. 2: BMWK/ Dominik Butzmann; S. 7: SeventyFour/iStock / Getty Images Plus via Getty Images; S. 9: akiraworks/iStock / Getty Images Plus via Getty Images; S. 11: bitteschön.TV; S. 13: imacoconut/iStock / Getty Images Plus via Getty Images; S. 15: hrui/iStock / Getty Images Plus via Getty Images; S. 17: acilo/iStock / Getty Images Plus via Getty

Images; S. 18: Utamaru Kido/iStock / Getty Images Plus via Getty Images; S. 19: gründungswoche.de; S. 20: Ulrike Malmendier: „Ed Caldwell for Haas School of Business“, Martin Werding: „Werdung privat“

Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwk.de

Zentraler Bestellservice

Telefon: 030 18272-2721
Bestellfax: 030 181027227-21

Diese Publikation wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.